Nr. 67. Halle (Saale), Donnerstag, den 20. März 1919. 30. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,70 Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,70 Mk., vierteljährl. 3,8 Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 16 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra.
Erscheinungsweise: Jeden Werktags, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047.
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 161..

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 30 mm breite Kolonelzeile kostet 60 Pfg. Der Preis für die 92 mm breite Reklamezeile beträgt 1,50 Mk.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag, Fernspr. Nr. 1047.

## Die Lebensmittelversorgung.

Nach Monaten vergeblichem Hoffen und Harren wird nun Deutschland endlich, in der Stunde höchster Not, von der Entente Lebensmittel erhalten. Daß die Entente Deutschland nicht der Gefahr völligen Verhungerns aussetzen würde, war zu erwarten. Mit der Fortsetzung der unbeschränkten Hungerblockade würde sie sich zuletzt doch nur selbst schwer geschädigt haben. Denn ein vollständig verarmtes und ausgehungertes Deutschland würde niemals imstande sein, die ungeheueren Kriegslasten aufzubringen, die ihm die Sieger aufzuerlegen gedenken. Dann kommt aber hinzu die Furcht vor dem „Bolschewismus", der auch in den Ententeländern bereits seine Schatten vorauswirft; die herrschenden Klassen in Frankreich, England, Italien usf. sehen im Geiste schon mit Schrecken den Tag, wo die Revolution auch an ihren Geldsäcken rütteln wird. Gerät aber Deutschland immer noch tiefer in das Lebensmittelelend und in Hungersnöte hinein, so ist das gleichbedeutend mit dem weiteren Umsichgreifen der „bolschewistischen Welle", und man hat dann keinerlei Gewähr, daß sie nicht auch noch die Ententeländer überflutet.

Es liegt also durchaus im ureigensten politischen Interesse der kapitalistischen Regierungen und Klassen der gegnerischen Länder, die Dinge in Deutschland nicht auf die Spitze treiben zu lassen. Aber auch wirtschaftlich haben die Ententekapitalisten von der Lebensmittellieferung an Deutschland ganz außerordentliche Vorteile; es ist ein glänzendes Geschäft für sie. Denn wir werden für die Lebensmittel, die man uns liefern wird, Wucherpreise zahlen müssen. Nach dem, was bisher über die Preise der uns zugedachten Nahrungsmittel bekannt geworden ist, wird sich allein die Tonne Weizen auf 1000 Mark stellen, also das Dreifache des Inlandhöchstpreises betragen. Einschließlich der Transport- und Verteilungskosten würde deshalb das Brot das Vierfache des jetzigen Inlandpreises kosten, wenn die Bevölkerung den Auslandspreis voll bezahlen müßte. In einem Artikel über das Brüsseler Abkommen macht die Frkf. Ztg. die folgende Rechnung auf:

Für die ersten 270 000 Tonnen Lebensmittel haben wir 11 Millionen Pfund (gleich 55 Millionen Dollar oder, nach Friedensstand, 220 Millionen Mark) Gold zu hinterlegen; darüber hinaus aber dürfen wir Gold und ausländische Wertpapiere einstweilen nur im Betrage von 200 Millionen Dollar für die Bezahlung von Lebensmitteleinfuhren verwerten. Was diese Einfuhren uns kosten werden, ist heute, da über die Preise nichts vereinbart ist, noch nicht sicher zu übersehen; es wird zu einem guten Teile davon abhängen, wo und was und unter welchen Bedingungen man uns kaufen lassen wird. Schätzungen von Fachleuten aber bewegen sich für die gesamte zulässige Einfuhr zwischen 500 und 760 Millionen Dollar. Kauft man die 255 Millionen Dollar in Gold und Wertpapieren, so blieben der Riesenbetrag von 250 bis 500 Millionen Dollar, also nach dem heutigen Valutastande von 2 bis 4 Milliarden Mark, die wir in der Hauptsache in Waren-Ausfuhr zu begleichen hätten, wenn wir die Lebensmittel wirklich haben wollen. Und damit schwindet wohl ein gut Teil der Hoffnung auf diese Lebensmittel selbst.

Bis diese Lebensmittel dann in die Hände der Verbraucher gelangen, werden die Preise dafür so unerschwinglich hoch sein, daß sie von den nichtbesitzenden Volksschichten, von Arbeitern, Angestellten, kleinen Beamten usw. unmöglich bezahlt werden können. Wenn diese Volksgenossen also nicht verhungern wollen, so bleibt als unabweisbare Folge nur weitere bedeutende Lohn- und Gehaltssteigerungen. Solche Lohnsteigerungen aber müssen unter allen Umständen vermieden werden, da sie nur weitere Erhöhungen anderer Bedarfsartikel nach sich ziehen würden. Deshalb ist zu fordern, daß die Differenz zwischen dem deutschen Höchstpreis und dem ausländischen Preis vom Reiche übernommen wird. Bedenken amtlicher Stellen dürfen diese Regelung nicht verhindern. Dies ist der einzige Ausweg, der ohne Gefährdung der öffentlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel und ohne Gefährdung der Grundlage unserer industriellen Erzeugung die ausreichende Ernährung unserer Bevölkerung ermöglicht. Unbedingtes Erfordernis ist ferner, daß die Verteilung der eingeführten Lebensmittel von den amtlichen Stellen rationell und großzügig und nach höchster Zweckmäßigkeit organisiert wird. Die Nahrungsmittel müssen von einer Zentralstelle aus an die untergeordneten Verteilungsstellen unmittelbar, und zwar derart verteilt werden, daß sie geradenwegs an die Verbraucher gelangen. Jeder Möglichkeit, daß sich irgendwelche schmarotzende Groß- und Zwischenhändler noch daran bereichern können, muß von vornherein ein fester Riegel vorgeschoben werden. Nur dann ist eine einigermaßen gerechte Zuweisung gewährleistet.

Des weiteren muß streng darauf gesehen werden, daß bei der Zuteilung der eingeführten Nahrungsmittel vor allem die schwer arbeitende Industriearbeiterschaft zuerst berücksichtigt wird. Wer schwer und angestrengt arbeitet, wer gesellschaftlich nützliche und wertvolle Arbeit verrichtet, gleichviel ob körperlich oder geistig, der hat zuallererst Anspruch auf ausreichende Ernährung. Es dürfte daher künftig wohl zu erwägen und zu prüfen sein, ob allen denen, welchen bisher ihre Profitmacherei, ihre Kriegsgewinne und dergl. das Faulenzen, Schlemmen und Prassen ermöglichten, der Brotkorb nicht ganz gehörig höher zu hängen ist. Heute faulenzen und schmarotzen sie und führen auf Kosten der Arbeiterschaft ein üppiges Leben. Hier muß unbedingt eine Aenderung eintreten nach dem Grundsatz: Wer nicht arbeiten will, bekommt auch dementsprechend weniger zu essen. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist nicht so, daß wir uns noch den Luxus gestatten können, auch weiterhin ein ganzes Heer von Nichtstuern und Tagedieben mit zu ernähren. Und wenn uns von der „sozialistischen" Regierung, ihren Anhängern und Nutznießern nicht laut genug versichert werden kann: Sozialismus ist Arbeit!, so sollten sie dieser Mahnung aber auch für alle arbeitsfähigen Volksgenossen Geltung verschaffen!

Eins aber ist mit Beginn der Lebensmitteleinfuhr dringend zu fordern: die Erhöhung der Lebensmittelmenge. Darauf haben vor allen Dingen die an erster Stelle ein Recht, denen die verbrecherische und unheilvolle Kriegspolitik der alldeutsch-kapitalistisch-militärischen Gewalthaber des alten Systems die schwersten und tiefsten Wunden geschlagen hat: die arbeitenden Volksmassen.

•

Die amtlichen Stellen verhalten sich ablehnend der Forderung gegenüber: Erhöhung der Lebensmittelration. Durch W. T. B. wird erklärt, „daß das mit der Entente geschlossene Lebensmittelabkommen zunächst nicht gestatte, die Brotration zu erhöhen, selbst wenn die erste Sendung von 270 000 Tonnen Getreide in Deutschland angelangt sei. Diese Sendung kann nur dazu dienen, die bisherigen Brotrationen sicherzustellen, die ohne die Getreidezufuhr schon in nächster Zeit hätten heruntergesetzt werden müssen".

Demgegenüber hat Geheimrat Rubner, der Mitglied der Verhandlungskommission in Brüssel war, in einer Unterredung mit dem Vertreter der Berliner Neuen Zeitung über die künftige Gestaltung der Ernährungsverhältnisse folgendes ausgesprochen:

„Nun, den mindestens zweimonatigen Ausfall an Kartoffeln können wir durch zugeführte 270 000 Tonnen Brotgetreide reichlich decken. Weiterhin werden wir unsere Brotration nicht nur erhöhen, sondern wir können auch unser Brot bedeutend verbessern. Da die Kartoffel daraus entfernt wird, also ebenso wie die Kleie (das Getreide wird schwächer ausgemahlen werden), erhält das Brot einen weit besseren Nährwert, der durch Weizenzusatz — Weizen ist äußerst eiweißhaltig — noch erhöht wird. Das uns zugesagte Getreide wird nämlich zumeist in Weizen bestehen. — Fleisch werden wir in nennenswerten Mengen nicht erhalten, obgleich unsere Bemühungen sich auch auf eine Fleischzufuhr erstreckten. Zuerst sollte uns Büchsenfleisch zugesichert werden, aber es will scheinen, als ob ein anderes, den Lieferanten befreundetes Volk, das ebenfalls Fleischmangel leidet (Geheimrat Rubner scheint auf die Franzosen anzuspielen), uns hier den Rang abgelaufen habe. Allen denen, die daraufhin den Fleischtopf in weite Fernen gleiten sehen, sei aber zum Trost gesagt, daß mit der aus dem Brot entfernten Kleie und Kartoffeln unsere Schweine in einigen Monaten so schön und rund aufgefüttert werden können, daß die Getreidezufuhr auch einer indirekten Fleischzufuhr gleichkommt."

•

### Die Lebensmittel aus Amerika.

**Der Morning Post meldet ihr Korrespondent: Aus Hoboken sind Sonnabend 21 Lebensmitteldampfer nach Rotterdam ausgelaufen, die für die Mittelmächte bestimmt sind. Die deutsche Handelsflotte wird am ersten Tage der nächsten Woche aus den deutschen Häfen auslaufen.**

## Zur Errichtung des Völkerbundes.

**Bern**, 18. März. (W. T. B.) Nach einer Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur hat die von Präsident Wilson geleitete Völkerbundskommission der Pariser Konferenz die Neutralen aufgefordert, Anträge auf Abänderung des Vorentwurfes für eine Völkerbundsverfassung bekanntzugeben. Die internationale Völkerbundskonferenz in Bern hat darauf folgende Abänderung vorgeschlagen:

„Statt der vorgeschlagenen Delegiertenversammlung soll ein aus direkten Volkswahlen hervorgegangenes Völkerparlament geschaffen werden, dem die alleinige gesetzgebende Gewalt zustehen soll. Auf je eine Million Wahlberechtigte soll nach dem Proportionalwahlsystem ein Abgeordneter zum Völkerparlament kommen. Der Völkerbund soll die Staaten umfassen, die das Selbstbestimmungsrecht haben und die zur Ausführung der Bestimmungen des Völkerbundes hinreichende organisatorische Einrichtungen aufweisen. Dem jüdischen Volke kommt das Recht zum Beitritt zum Völkerbund grundsätzlich zu. Dem Heiligen Stuhl möge eine Stellung im Völkerbund eingeräumt werden. Ein internationales Gericht und ein internationaler Vermittlungsrat soll geschaffen werden, deren Entscheidung sich die Staaten unter Ausschluß jedes Krieges zu unterwerfen haben. Der Vermittlungsrat soll zusammengesetzt sein aus Persönlichkeiten, die vermöge ihres internationalen Ansehens allgemeines Vertrauen genießen und dem Völkerparlament die Ernennung der Fachministerien vorschlagen.

## Gegen die Auslieferung der Handelsschiffe

erheben deutsche Seeleute Einspruch. In Hamburg wurde in einer Massenversammlung der Seeleute im Zirkus Busch einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die heutige Versammlung der Seeleute aller Arten verweigert die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Handelsflotte und macht es allen deutschen Soldaten und Arbeitern zur Pflicht, die Arbeit auf den Schiffen zu verweigern." Begründet wurde die Entschließung damit, daß wir außer der von der Entente garantierten ersten Lieferung von Lebensmitteln nach Auslieferung unserer Handelsflotte keine Gewähr dafür haben, auch tatsächlich weitere Lebensmittel zu erhalten

Wie verschiedene Blätter berichten, verbreitete noch gestern abend der Deutsche Transportarbeiter-Verband, Sektion Seeleute, in Hamburg ein Flugblatt, in dem er sich gegen den Beschluß der Hamburger Seeleute wendet und sagt, daß die Seeleute trotz alliierter Flagge unter deutschem Recht und deutschem Kommando stehen.

•

### Forderungen der Seeleute.

**Berlin**, 19. März. (W. T. B.) Eine Gruppe radikaler Seeleute, im Deutschen Seemannsbunde organisiert, trat an die Reeder mit der Forderung heran, die Summe des Tarifvertrags um 100 Prozent zu erhöhen. Würde dieser Forderung nicht nachgegeben, dann würden die deutschen Schiffe nicht fahren. Der Deutsche Seemannsbund suchte die Arbeitswilligen von der Anwerbung fern zu halten, berief in Hamburg und Bremen öffentliche Versammlungen ein und forderte die Seeleute auf, sich nicht anwerben zu lassen. Auf diesen Beschluß hin sind bereits zwei Schiffe, die gemäß dem Brüsseler Abkommen auslaufen sollten, die Dampfer Bürgermeister von Melle und Bürgermeister Schröder an der Ausfahrt verhindert worden.

### Die Arbeiterräte in der Verfassung.

**Berlin, 18. März. Die Beschlüsse der Reichsregierung über die gesetzliche Festlegung der Befugnisse der Betriebsräte und die Eingliederung der Arbeiterräte in die Verfassung sind soweit gediehen, daß sie in aller Kürze dem Verfassungsausschuß zur weiteren Behandlung zugeleitet werden können.**

## Aufhebung der Kleinstaaterei.

### Der Verfassungsausschuß in Weimar

beriet in seiner Sitzung am Mittwoch über Artikel 15 der Verfassung, der die Zusammenfassung kleiner Einzelstaaten oder kleiner Landesteile, die in keinem örtlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhange mit den übrigen Teilen ihres Staates stehen, zu neuen Staaten vorsieht. Reichsminister Dr. Preuß erklärte eine solche Umgruppierung als unvermeidlich und Voraussetzung einer wirklich bundesstaatlichen Verfassung anstatt des früheren Hegemoniestaates mit föderalistischer Umkleidung. Die Frage sei, wie das bisherige Preußen in das Deutsche Reich einzufügen sei, angesichts der Schwierigkeit der beiden Präsidenten und der beiden Versammlungen im Reich und in Preußen. Für eine derartige große Umgruppierung zum Zwecke des von ihm für richtig gehaltenen Aufbaues des Reiches sei die öffentliche Meinung aber noch nicht stark genug. So sei Artikel 15 lediglich ein Programm, auf dessen Einzelheiten es weniger ankomme. Für die Regierung sei das Wichtigste, was der Staatenausschuß gerade streichen wolle, daß ein Reichsgesetz dafür maßgebend werde, denn nicht einmal der Zusammenschluß der Kleinstaaten könne ohne Eingreifen des Reiches erreicht werden.

Abg. Trimborn (Zentr.) beantragte neue Artikel 19a und b, nach denen das deutsche Volk ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen neue deutsche Freistaaten von mindestens 2 Millionen Einwohnern innerhalb des Reiches errichten könnte, soweit Stammesart, wirtschaftliche Verhältnisse und geschichtliche Beziehungen dies nahelegten. Dazu bedürfe es einer

**Volksabstimmung**

in dem betreffenden Landesteile und der Bestätigung durch Reichsgesetz. Der Redner spitzte seinen Antrag auf eine Zerlegung Preußens zu. Da Ministerpräsident Scheidemann Schritte in der Richtung einer rheinisch-westfälischen Republik für gegenwärtig unzweckmäßig erklärt habe und die Ausschußverhandlungen in die Oeffentlichkeit gelangten, so übe er Zurückhaltung (Heiterkeit) und behandle die Frage als Preußenfrage. Der Redner erklärte, der Fortbestand Preußens bedeute die Vormachtstellung Preußens im Reich, und dies sei unmöglich.

Preußischer Justizminister Heine erklärte den jetzigen Zeitpunkt des Zusammenbruches für den ungeeignetsten für große politische Experimente. Er berührte den Ausweg, Preußen zum Reichsland zu machen, und betonte, das Reich dürfe nicht ohne Zustimmung der Einzelstaaten entscheiden; deshalb wünsche auch er den vom Staatenausschuß gestrichenen Satz zu streichen.

Reichsminister Dr. Preuß erklärte, neben der preußischen Hegemonie oder dem Aufgehen Preußens in Deutschland gebe es keine dritte Möglichkeit. Ein Reichspräsident sei neben einem preußischen Präsidenten von vier Siebenteln der Einwohner des Reiches einfach nicht lebensfähig. Um wirtschaftliche Zerreißung handel es sich nicht. Erhalte Preußen Militär und Eisenbahn, so sei das Reich verloren. Andernfalls könne es ruhig in die Zukunft sehen.

Abg. Katzenstein (Soz.) will die beiden größten Gebiete Preußen und Bayern im Interesse des Reichsgefüges opfern. Bayern umfasse mindestens vier, Preußen mehr als ein Dutzend Stämme, und gerade die Eigenart der einzelnen Wirtschaftsgebiete erfordere die Verweisung einer Reihe Fragen an Landesvertretungen, anstatt des einen großen Berliner Landtages.

### Die Sozialisierungskommission

hat der Reichsregierung den Entwurf eines Rahmengesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben überreicht, nach welchem den Gemeinden das Recht der Kommunalisierung für eine Reihe von Wirtschaftszweigen zugesprochen wird, ohne an staatliche Genehmigung gebunden zu sein. Die Ausübung dieses Rechts ist an die Genehmigung der Landeszentralbehörde geknüpft, um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen und zu weitgehende Beschlüsse der Gemeinden zu verhindern. Solange eine einheitliche Regelung durch das Reich noch aussteht, soll das zur Durchführung der Kommunalisierung erforderliche Enteignungsrecht gegen Entschädigung den Gemeinden verliehen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621919O320-10/fragment/page=0001

**Sozialisierung in Ungarn.** Budapest, 17. März. Der Ministerrat beschloß die Errichtung eines Sozialisierungs-Ministeriums, welches die in der Verwaltung der verschiedenen Ministerien befindlichen Industriebetriebe übernehmen, ferner die staatliche Verwaltung der zur Sozialisierung reifen Industriebetriebe vorbereiten und durchführen wird.

# Der Mordbefehl
## aus dem Edenhotel.

Unser Berliner Bruderblatt, die Freiheit, stellt folgendes fest: „Der rechtssozialistische Hofrichter, das Reptil des Edenhotels, der die widerliche Hetze gegen den Hauptmann v. Beerfelde inszeniert hat, hat geleugnet, daß der von uns angeführte Befehl der Garde-Kavallerie-Division existiere. Nach diesem Befehl sollte nicht nur jeder, der sich mit den Waffen widersetzt, niedergeschossen werden, was dem Noskeerlaß entsprach, sondern auch jeder, bei dem Waffen gefunden wurden. Nun bestätigen heute mehr als je offiziöse Ableugnungen die Wahrheit des Gemeldeten. Wir wollen aber auch, damit kein Zweifel mehr möglich ist, den Wortlaut eines solchen Befehls wiedergeben:

**Garde-Kav.-Division. Div. St. Qu., den 10. 3. 1919.**
**Abt. Ia. Nr. 20 950.**

**Befehl für den 10. 3., nachm., und den 11. 3.**

Leitsatz: **Wer sich mit Waffen widersetzt oder plündert, gehört sofort an die Mauer. Daß dies geschieht, dafür ist jeder Führer mitverantwortlich. Ferner sind aus Häusern, aus welchen auf die Truppen geschossen wurde, sämtliche Bewohner, ganz gleich, ob sie ihre Schuldlosigkeit beteuern oder nicht, auf die Straße zu stellen, in ihrer Abwesenheit die Häuser nach Waffen zu durchsuchen; verdächtige Persönlichkeiten, bei denen tatsächlich Waffen gefunden werden, zu erschießen.**

Ziffer 2e: **Jeder Hausbewohner oder Passant, der in unrechtmäßigem Besitz gefunden wird, ist festzunehmen und mit kurzem Bericht in dem nächsten Gefängnis abzuliefern. Wer sich mit der Waffe in der Hand zur Wehr setzt, ist sofort niederzuschießen.**

Unsere Leser wissen, daß dieser Befehl bereits eine große Zahl von Opfern gefordert hat. Viele Menschen sind nur auf Grund dieses Ukases ums Leben gebracht worden. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß dieser Befehl jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt. Der Belagerungszustand bietet für den Erlaß nicht einmal einen Vorwand, ebensowenig der Schießerlaß Noskes, über den der Befehl weit hinausgeht. Die Division war zu einem solchen Vorgehen absolut unberechtigt.

Und nun fragen wir: **Wird sofort eine Untersuchung eingeleitet, wer den Befehl gegeben hat, und werden die Urheber und Verantwortlichen sofort zur Rechenschaft gezogen?**

**Wie lange gedenkt man der Berliner Arbeiterschaft den Tort anzutun, diese Division in Berlin zu lassen?**

**Wie lange gedenkt man diese Division und ihren Stab noch fortbestehen zu lassen?**

**Wenn noch eine Spur Rechtsgefühl im deutschen Volke** lebte, müßte sich ein Sturm der Entrüstung erheben, der Sühne forderte. Statt dessen sehen wir, daß unter Führung der Noske und Heine eine Hetze gegen die Unabhängige Sozialdemokratie arrangiert wird, die den Zweck verfolgt, die Aufmerksamkeit von den ungeheuerlichen Gesetzesverletzungen, die begangen worden sind, abzulenken."

•

### Das Morden geht weiter!

Der Vorwärts teilt mit: „Am Donnerstag vormittag gingen die [illegible] Arbeiter Paul Biedermann, Hans Gottschlag und Paul Gürke aus ihrer Wohnung in der Friedrich-Karl-Straße fort, um sich an ihrer Arbeitsstelle bei den Siemenswerken in Herzberge nach der Wiederaufnahme der Arbeit zu erkundigen. An der Frankfurter Allee wurden sie von einem Posten angehalten und nach dem Wachtlokal im Hackepeter, Ecke Vogtstraße, gebracht. Dort erhielten sie Ausweise, zogen es aber vor, gleich wieder nach Hause zu gehen. An der Friedrich-Karl-Straße wurden sie von einem anderen Posten festgenommen, der ihnen erklärte, sie seien von einem guten Freund denunziert worden. Der Posten brachte die drei jungen Leute nach dem Zentralviehhof und sperrte sie in ein Lokal, wo bereits zwei Tote lagen, die wegen eines tätlichen Angriffs auf einen Feldwebel mit Recht erschossen worden sein sollen. Von den drei Leuten lebt nur noch Paul Gürke, der mit Schußwunden im Krankenhause Friedrichshain liegt.

Nach den Angaben, die er seiner Mutter gemacht hat, wurden sie alle drei von dem Posten durch ein Fenster beschossen. Nach einiger Zeit trat Paul Biedermann infolge des Jammerns seines gleichfalls verwundeten Freundes Gottschlag an das Fenster, um zu bitten, daß sie herausgelassen werden. Daraufhin habe der Posten mit den Worten: „Was, ihr Hunde seid noch nicht tot?" die beiden totgeschossen, während Gürke als vermeintlich tot der Ermordung entging. . . .

## Sie wollten den Krieg!

Paris, 14. März. (Telegraphenkompagnie.) Das Journal des Débats veröffentlicht zwei Depeschen des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, Grafen Szögyeny-Marich, die an das Auswärtige Amt nach Wien adressiert waren. Die erste lautet:

**Berlin, 25. Juli 1914. Hier herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß Serbien das Ultimatum zurückweisen wird und wir sofort mit der Kriegserklärung und dem Beginn des Feldzuges antworten müssen. Wenn sich auch eine andere Macht einmengen sollte, so können wir trotzdem den Feldzug nicht mehr verzögern.** Man rät mir dringend, **wir sollen zu handeln beginnen, um die Welt vor eine abgeschlossene Tatsache zu stellen.**

Die zweite Depesche lautet:

**Streng vertraulich. Nummer 307.**

**Berlin, 27. Juli 1914.** Der deutsche Staatssekretär hat **mir unter Geheimhaltung mitgeteilt, daß an Exzellenz wahrscheinlich in kurzer Zeit ein englischer Vermittlungsvorschlag eintreffen wird.** Die deutsche Regierung erklärte auf **das bestimmteste, daß sie an dieser Aktion überhaupt nicht teilnehmen wird, und protestiert dagegen, daß dieser Vermittlungsantrag berücksichtigt werde.** Man teilt **mir dies bloß deswegen mit, weil es die englische Regierung so wünscht.**

Die wiedergegebenen Depeschen gehören zu den wichtigsten Dokumenten, die den Ursprung des Weltkriegs aufdecken. Sie weisen unzweideutig darauf hin, daß die Urheber des Weltverbrechens in Berlin saßen.

**Keine Pässe.** Wie gemeldet wird, hat die englische Regierung den englischen Mitgliedern der in Bern eingesetzten internationalen sozialistischen Kommission zur Untersuchung der Lage in Rußland die Pässe verweigert. — Die englische Regierung muß also doch wohl der Meinung sein, daß das **Studium des „Bolschewismus" an Ort und Stelle auf die Untersuchungskommission nicht abschreckend, sondern für die** Ententeländer gefährlich wirken könnte.

**Wilhelm im Konkurs.** Paris, 18. März. **Wie das Journal officiel** mitteilt, sind die Besitzungen des ehemaligen deutschen Kaisers unter Zwangsverwaltung gestellt worden.

**Die französische Marine hat die in Spanien internierten deutschen U-Boote in Besitz genommen.**

**Der Prozeß gegen den Mörder von Jaurès** wird am 24. März beginnen. Die Verhandlung werde ungefähr sechs Tage in Anspruch nehmen.

## Der Belagerungszustand bleibt!
### Das Preußenparlament beschließt so.

Berlin, 19. März. In der heutigen Sitzung der preußischen Landesversammlung wurde der Antrag **Hoffmann** (Unabh.) auf **Aufhebung des Belagerungszustandes** in einfacher, der Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission, bestehend aus Mitgliedern der Landesversammlung und des Vollzugsrates, in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 342 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Mehrheitssozialisten auf Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern, die gemäß Artikel 82 der alten Verfassung die Ursachen und den Verlauf der Berliner Märzunruhen feststellen soll, wird einstimmig angenommen.

Hierauf kam ein deutschnationaler Antrag zur Besprechung, den Abg. Dr. v. Kries begründet.

Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung hat alles versucht, um **die als Geiseln von den Polen zurückgehaltenen Abgeordneten zu befreien.** Leider erfolglos. Auch unser Ersuchen bei der interalliierten Kommission war erfolglos. Wir werden natürlich unsere Bemühungen fortsetzen.

Abg. Wende-Bromberg (Soz.) unterstützt den Antrag.

Abg. Aronsohn (Dem) legt der Regierung nahe, die Verhandlungen mit dem Osten abzubrechen, wenn sie keine Antwort bekomme.

Abg. Fräulein Poehlmann (D. Vpt.): Zum ersten Male spricht eine Frau von dieser Tribüne. Wir erwarten von der Regierung, daß sie mit der erforderlichen Energie vorgeht, um die zurückgehaltenen Abgeordneten zu befreien.

Abg. Lichtenstein (Unabh. Soz.) wendet sich gegen die widerrechtliche Zurückhaltung. Diese komme daher, daß gegen führende polnische Persönlichkeiten früher ganz gleichartige Mittel angewandt wurden.

Abg. Mais (Zentr.) erklärt sich für den Antrag.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. **Es folgt die** zweite Beratung des vorläufigen Verfassungsentwurfs.

Berichterstatter Abg. Dr. Heilbronn (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Die vorgeschlagenen Aenderungen lassen die Grundlage des Entwurfes unberührt.

Abg. Heilmann (Soz.) wendet sich gegen den Antrag der Unabhängigen, wonach die Gesetzgebung durch die Landesversammlung in Uebereinstimmung mit der Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte erfolgen soll. Die Ausschußfassung müsse aufrecht erhalten bleiben.

Abg. Zehnhoff (Zentr.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag der Unabhängigen, ebenso gegen einen Antrag der Rechten, das Wort „Republik" in der Verfassung zu streichen.

Abg. Dr. Kähler (Dn.) begrüßt den Antrag auf Streichung des Wortes Republik.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (Unabh. Soz.): Herrn Heilbronn werden die Arbeiter- und Soldatenräte wegen seiner heutigen Stellungnahme gegen sie gründlich den Kopf waschen.

Abg. Dr. Friedberg (Dem.): Das Rätesystem, dieses Berufswahlsystem, ist eine ganz reaktionäre Einrichtung, die wir ablehnen.

Abg. Dr. Leidig (D. Vpt.): Die Einfügung des Rätesystems ist mit einem demokratischen Staatsaufbau unvereinbar. Das Notveränderungsrecht können wir der Regierung allerhöchstens im Rahmen der Ausschußbeschlüsse zubilligen.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Heilbronn (Dem.) gegen die Unabhängigen wird § 1 unverändert nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen, ebenso § 2.

Weiterberatung Donnerstag 8 Uhr, außerdem Diätenvorlage und Anträge.

Schluß 7 Uhr.

### Wilhelm wollte schießen lassen.

In einer Versammlung in Annen hat der Bergarbeiterführer Siegel folgende Erinnerung mitgeteilt:

„Als bei dem großen Bergarbeiterstreik 1888 die Gemüter aufs äußerste erregt waren und man gar keinen Ausweg sah, um wieder zur Ruhe zu kommen, wurden aus den Bergarbeitern drei Genossen gewählt, die nach Berlin gehen sollten, um dem Kaiser die Wünsche der Bergarbeiter vorzutragen, zu denen auch ich gehörte. Obwohl wir uns von vornherein von der Sache wenig versprachen, sagte uns ein alter Parteigenosse: Am besten, ihr geht, denn wenn nichts unternommen wird, verhängt die Regierung den Belagerungszustand über das Ruhrrevier und die Revolution ist da. Wir machten uns also auf den Weg. Natürlich gab es erst eine informatorische Konferenz beim Hofmarschall, der uns erklärte: Die ganze Sache darf nur 10 Min. dauern. Einer darf nur sprechen, und in den 10 Minuten muß auch seine Majestät zu Worte kommen. Schröder, der der älteste war, sollte Wortführer sein. Kurz darauf standen wir vor dem Kaiser:

Schröder: Wir überbringen Eurer Majestät die Grüße von 100 000 Bergarbeitern Rheinlands und Westfalens. Die 100 000 Bergarbeiter bitten Eure Majestät, ein kaiserliches Wort zu sprechen und die Ruhe ist wieder hergestellt, Millionen von Tränen werden getrocknet!

Der Kaiser: Was sind Eure Wünsche?

Schröder: Die von unsern Vätern ererbte achtstündige Arbeitszeit und so viel Verdienst, daß wir unsere Kinder ernähren können.

Der Kaiser: Ihr habt den Kontrakt gebrochen und die Werkbesitzer schwer geschädigt. Ich habe Schritte getan, die Sache untersuchen zu lassen, wer die Schuld trägt. Sollte die Sache aber eine Parteiverschiebung werden, hauptsächlich in sozialdemokratischem Sinne — ein Sozialdemokrat ist bei mir ein Reichs- und Vaterlandsfeind — so werde ich alle Macht einsetzen, um diese niederzuwerfen. Meine Macht ist stark. Dann werde ich alle, aber auch Euch, über den Haufen schießen lassen. Sollte aber die Sache nicht so sein, so seid Ihr meines kaiserlichen Wohlwollens gewiß.

Damit waren wir entlassen.

Als wir wieder draußen waren, sagte Schröder: Man ärgert den Ochs solange, bis er wild wird, und um sich beißt.

Ein Stenograph, der im Nebenzimmer saß, fälschte die ganze Rede, drei Stunden später stand sie in der Nationalzeitung und am anderen Tage in sämtlichen Zeitungen. So wurde das ganze Volk belogen."

Wilhelm wollte schießen lassen — Noske läßt schießen.

#### Regierungssozialistische Hofnachrichten.

Wir lesen in der bürgerlichen Presse: Die Republikanische Schutztruppe bittet um Aufnahme folgender Notiz:

„Die Kapelle der „Republikanischen Schutztruppe", Regiment Reichstag, erfreute den Ministerpräsidenten Scheidemann heute vormittag vor seiner Privatwohnung in Friedenau mit einem musikalischen Morgengruß."

Herr Scheidemann muß doch ein recht verehrungswürdiger Mann sein, daß ihm die rechtssozialistische Schutztruppe solche Aufmerksamkeiten erweist.

# Halle und Saalkreis.

Halle, den 20. März 1919

## O, diese Heuchler!

Die Saale-Zeitung kann im trauten Verein mit den übrigen kapitalistischen Blättern Halles sich immer noch nicht genug tun im Zetern über den wuchtigen Generalstreik, der ihnen so entsetzlich schwer auf die Nerven gefallen ist. Genau so wie der Magistrat lamentieren sie in einem neuen Artikel jetzt wieder darüber, daß der verwünschte Generalstreik an der argen Lebensmittelnot schuld sein soll. Sie wollen ihren Lesern absolut einreden, daß die Streikenden schuld seien an neuen Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung. Dabei ist den Herren das Gegenteil davon durchaus bekannt und sie heucheln nur die Entrüstung, um die Erbitterung über ihre eigenen Taten und die ihrer Regierung von sich abzulenken.

Es sei nur noch einmal festgestellt, daß es gerade die streikenden Arbeiter waren, die in den Streiktagen sich durch organisatorische Maßnahmen darum bemühten, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung weiter aufrecht zu erhalten! Sie haben Bäckereien mit Kohlen und Mehl versorgt. Einige Gruben, Mühlenbetriebe und die städtischen Werke blieben allesamt aus diesem Grunde im Betrieb. Und wer war es damals, der die Hallische Bevölkerung hungern lassen wollte, der die Lebensmittelversorgung ins Stocken zu bringen versuchte? Die heuchlerische Saale-Zeitung weiß es so gut wie wir, daß es gerade der Bürgerausschuß mit dem Saale-Zeitungs-Mann Helms an der Spitze war, der alles daransetzte, **die Lebensmittelversorgung der Hallischen Bevölkerung in Grund und Boden zu ruinieren!** Während die Arbeiter trotz ihres Streiks der Bevölkerung hilfreich beisprangen, traten die Beamten nur zu dem ausgesprochenen Zwecke in den Streik, eben diese Hilfeleistung für die Bevölkerung zu unterbinden. Nach dem Wunsche des Herrn Helms und seiner Trabanten sollte die Bevölkerung Halles hungern. Und der Hunger sollte sie zwingen, von ihren berechtigten Arbeiterforderungen Abstand zu nehmen. Gerade der verhaßte Arbeiterrat und seine Führer waren es dann, die diese unerhörten, ja verbrecherischen Pläne der Kolonne Helms wirksam durchkreuzten, indem sie mit allen Mitteln die Herausgabe der Lebensmittelmarken und die Oeffnung zahlreicher Geschäfte herbeiführten.

•

Auch die Behauptung, **daß auf dem Bahnhof** durch den Streik zahlreiche Lebensmittelsendungen ins Verderben geraten seien, kann die Streikenden in keiner Weise treffen. **Es** kann zu ihrer Ehre festgestellt werden, daß die streikenden Eisenbahner, solange sie den Bahnhofsbetrieb in ihrer Hand hatten, durch einen umfangreichen Ueberwachungsdienst nicht nur alle Diebstähle auf dem Bahnhof verhinderten, sondern auch alle irgendwie verderblichen Lebensmittelvorräte zu retten verstanden. Aber nicht nur das auf dem Hallischen Bahnhof festgefahrene Lebensmittelgut haben sie ausrangiert und unserer Bevölkerung zugeführt, sie waren auch schon dabei, in der Umgegend stehengebliebene Züge nach Lebensmittelsendungen verderblicher Art zu prüfen. Wäre in diese nützliche Arbeit nicht Noske mit seinen „Ordnungs"truppen hineingefahren, so hätten wir keine verdorbenen Waren zu beklagen brauchen. Aber Helms und seine Freunde von der Eisenbahndirektion, die jetzt heuchlerische Klagelieder über verdorbene Lebensmittelsendungen anstellen, können sich nur ganz allein selbst für diese Vorkommnisse verantwortlich machen. Wenn nach dem Einrücken der Nosketruppen Lebensmittel verdorben sind, so beweist das nur die organisatorische Unfähigkeit der Leute, die den Bahnbetrieb und die Abfuhr dann wieder in die Hände bekamen.

**Letzten Endes ist ja aber an all den Vorkommnissen die Regierung** die Hauptschuldige. Zwar wollen Helms und Konsorten trotz ausführlicher Darlegungen in der Nationalversammlung und einer Unzahl von Zeitungsartikeln und Erklärungen immer noch den Glauben aufrechterhalten, der Streik sei leichtfertig provoziert. Da fragen wir erneut, warum hat die Regierung ihre angeblichen Zugeständnisse vom 14. Februar nirgends bekanntgemacht? Warum hat sie die damalige Zusage, in drei Tagen Bescheid zu geben, noch nicht einmal in zehn Tagen eingelöst? Hat sie überhaupt etwas getan, um ihre angebliche Zusage vom 14. Februar irgendwie in die Praxis umzusetzen? Nein! Nichts, gar nichts! **Nicht einen Finger hat sie in der Sache krumm gemacht!** Noch am Montag, den 24., als der Streik schon zwei Tage im Gange war, sagte ein Minister keck und kühn, solche „Drohungen" schrecken ihn nicht! Er lehnte nochmals jedes wirkliche Zugeständnis rundweg ab. Die Herren in Weimar waren sich der Tragweite ihrer Handlungen absolut nicht bewußt. Und als es schließlich bei ihnen anfing zu dämmern, fehlte ihnen die Entschlußkraft, aus dem Dilemma herauszukommen. Wir fragen weiter, warum ist der Minister, der zu Verhandlungen in Halle für Donnerstag, den 27., angemeldet war, nicht nach Halle gekommen? Warum schickte man dafür Regierungstruppen, die jede Verbindung störten, und warum ließen die Eisenbahn-Gewaltigen nach dem Truppeneinzug den Zug zu den Verhandlungen nach Weimar nicht abfahren? **Sie sind schuld daran, daß die Verhandlungen in Weimar nicht früher begannen** und die Regierung trifft die Schuld, daß, nachdem ihr Zögern einmal zum Streik geführt hatte, sie die Verhandlungsmöglichkeit nicht schon eine Woche früher ergriffen hat. Soviel Fragen, soviel Anklagen gegen sie. Und es wird Helms und Konsorten niemals gelingen, durch noch so viel Verleumdungen und Verdrehungen die Schuld der Regierung am Generalstreik zu verwischen und sich selbst und die Beamten von dem Vorwurf zu reinigen, **daß sie während des Streiks kalten Herzens die Bevölkerung Halles hungern lassen wollten.**

### Christliche „Spartakisten"!

In der Versammlung in den Thaliasälen, in denen Herr Dieterich über die Frage der Trennung der Kirche vom Staate referierte, ist es oft recht lebhaft hergegangen. Die Zuhörer bestanden zum größten Teil aus den sogenannten Gebildeten, aus „christlichen Damen, Jungfrauen und Jünglingen". Sobald der gewiß vorsichtige Redner nur ein Wort sagte, das diesen Leuten nicht angenehm war, schlugen sie in allen Tönen und Formen Lärm und machten die blödesten Zwischenrufe. Wir haben das nicht besonders hervorgehoben, weil unsere Leser schon lange wissen, auf welch niedrigem Niveau gerade Versammlungen der sogenannten Gebildeten stehen. Wir möchten nun aber doch zur Kennzeichnung dieser Herrschaften einige Zuschriften aus einem hiesigen Blatte im Auszug wiedergeben. Ein Versammlungsteilnehmer schreibt:

„Darauf fluteten Phrasen und demagogische Reden durch den Saal. So sachlich wie der Referent war, so demagogisch und persönlich war man bei einem Teil der Diskussionsredner. Vor allem der Herr Professor Deutschbein benahm sich unter dem Beifallsgebrüll der Sprengkolonnen, jungen werdenden Theologen, Jünglingsvereinlern und dergl. so hervorragend pöbelhaft gegen den Herrn Referenten, daß er wohl nicht allzuviel Veranlassung hatte, auf seine tiefe religiöse Empfindung und ethische **Erhabenheit über alle anderen Kreaturen, die nicht**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190320-10/fragment/page=0002
DFG

Professor oder Akademiker sind, zu pochen. Jedenfalls brauchen sich die Herrschaften nicht über die spartakistische Sprengungen von Versammlungen zu entrüsten, denn es ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn die Leute, die sich als Oberschicht des Volkes fühlen, noch nicht einmal in der Lage sind, ein sachliches, freies Wort zu würdigen und zu verstehen. . . . Jedenfalls werden die Leute mit wirklicher Bildung aus diesen Kreisen nicht gern an jenen für sie so unwürdigen Tag zurückdenken."

Ein anderer Teilnehmer schreibt unter der Spitze: Schneiderseelen: Bismarck hat einmal von der „Schneiderseele" Goethens gesprochen. Wenn selbst ein so Großer einen solchen Vorwurf erduldet, dann klingt es beinahe als Auszeichnung, wenn man dieses als reinen Begriff höchst verehrungswürdige Wort auf die Herrschaften anwendet, die in der Versammlung ihr Wesen getrieben haben. Dieser intellektuell sein wollende Mob hat sich nicht gescheut, die allereinfachsten Gesetze der Bildung und des alltäglichen Anstandes in einer Art außer acht zu lassen, die einen Mohren vor Scham erblassen lassen könnte. Man kann auch als Sozialdemokrat anderer Meinung sein, als der Sprecher des Kultusministeriums, aber diese andere Meinung dürfte selbst einem strenggläubigen Christen nicht gestatten, sich wie ein Flegel zu benehmen oder seine Angriffe in lächerliche Gesten zu kleiden. Wie kommt Herr Dr. Deutschbein dazu, auf dem Professorenschimmel altpreußischer Konvenienz in einer Weise zur Attacke zu reiten, die jedem Zirkusklown Vergnügen bereitet haben würde. Es ist nichts fürchterlicher, als Einbildungskraft ohne Geschmack, Herr Professor. . . . Es wird nicht nur Herr Pastor von Bröcker, der als Versammlungsleiter gegen die Ungezogenheiten aus der Versammlung Stellung nahm — hat er sich doch sogar persönlich bei dem Referenten entschuldigen zu müssen geglaubt — bedauert haben, daß geistige Schneiderseelen geistig ernste Fragen zu einem Tummelplatz geschmackloser Gemeinplätze machten, auch Versammlungsteilnehmer werden vor Scham errötet sein. „Spartakisten" der Intelligenz! Wie das Treiben des Pöbels während der Streiktage verurteilt wurde, so muß auch hier mit noch viel größerer Entschiedenheit betont werden, daß saubere Fingernägel nicht notwendigerweise schmutziges Verhalten zur Folge haben darf. Das Christentum gewisser Schreier steht bloß auf dem Taufschein.""

Es erübrigt sich, noch viel hinzuzufügen. Die so treffend gekennzeichneten Kreise sind dieselben, die nicht lautgenug sich über die Unbildung der Arbeiter und jetzt über unabhängige oder spartakistische Roheiten entrüsten können. Ihr Verhalten in der Versammlung war eine geistige Roheit. Ein junger Mann, der allen salbungsvollen Phrasen der Pastoren und Professoren unbesehen Beifall klatschte, pfiff beim Schlußwort des Referenten nach Dummenjungenmanier laut durch den Saal. Am schlimmsten benahmen sich jedoch viele „Damen". Sie alle werden auch durch diese Kritik nicht Scham empfinden, dazu sind sie zu arm an Geist, diese „Spartakisten" der Intelligenz.

### Meseberg noch immer unauffindbar!

Wie uns zum Falle Meseberg mitgeteilt wird, fehlt von ihm bis zur Stunde noch jede Spur, obgleich die Kriminalpolizei fieberhaft tätig ist und auch der Stab der Landesjäger angeblich alles versucht, um Klarheit in das Dunkel zu bringen. Wie wir hören, sind die Mannschaften, welche die erste ungesetzliche Festnahme vornahmen, mit — drei Tagen Mittelarrest bestraft worden. Wir fragen an: Wer sind die Veranlasser dieser Festnahme und wie sind diese bestraft worden? Was wissen die bekannten Bundesgenossen, der Lockspitzel Hartung und Klaus vom Verschwinden Mesebergs? Wie ist es überhaupt möglich, daß in einer disziplinierten Ordnungstruppe, wie sie die Truppe General Maerckers doch sein will, Elemente wie Hartung und Genossen geduldet werden? Stehen die Veranlasser der ersten Festnahme vielleicht doch im Zusammenhang mit dem Verschwinden Mesebergs? Wie ist es möglich, daß nachts 11 Uhr unter dem Belagerungszustande eine Gruppe von vier Mann (ein Leutnant, zwei Mann und Meseberg) durch die Straßen gehen können, ohne von den Posten der Landesjäger gesehen und angehalten zu werden? Oder hat der Jägerstab durch Vernehmung der in der Nacht vom 13. zum 14. März stehenden Posten sachdienliche Angaben erhalten? Was gedenkt der Jägerstab zu tun, um ähnliche Schandtaten besonders mutiger Soldaten in Zukunft unmöglich zu machen? — Wir verlangen eine klare, offene Antwort auf diese Fragen.

Hauptmann Hirsch beglückte uns heute mit einem Schriftstück, in dem er sich dagegen wendet, daß ihn das böse Volksblatt mit dem Verschwinden Mesebergs in Verbindung gebracht hat. Weder mit der Verhaftung noch mit dem Verschwinden unseres Genossen will der Herr irgend etwas zu tun gehabt haben, und von der Angelegenheit — wie er behauptet — erst durch die Nachrichten aus der Presse Kenntnis erhalten haben. Diese Zuschrift besagt garnichts, vor allen Dingen geht sie auf die von uns gestellte Frage, ob die Herren Schmidt und Hirsch mit den in der Artilleriekaserne wirkenden geheimen Kräften in Fühlung stehen, nicht ein. Uebrigens erhalten wir soeben die Mitteilung, daß seit gestern auch der Matrose Ferchlandt, der Bruder des nach Berlin verschleppten Militärbevollmächtigten, spurlos verschwunden sein soll. Soll der junge Genosse das nächste Opfer brutaler Gewalt sein?

* **Metallarbeiter.** Die Vertrauensleute und Arbeiterausschüsse werden nochmals auf die wichtige Sitzung im Volkspark, Freitag, abends 6 Uhr, aufmerksam gemacht. Pünktliches Erscheinen ist notwendig.
Die Ortsverwaltung.

* **Arbeitersängerchor.** Umständehalber findet die Uebungsstunde diesmal nicht Freitag, sondern erst Sonnabend, abends von 7 Uhr ab, im Volkspark, statt. J. A.: H. Koch.

* **Der Deutsche Eisenbahnerverband,** Zahlstelle Halle, hält Sonntag, den 23. März, vormittags 10 Uhr, in der Kaiser-Wilhelmshalle eine sehr wichtige Mitgliederversammlung ab. Alle Kollegen werden ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.
Die Verbandsleitung.

* **Wettbewerb für die Bebauung des Geländes an der Artilleriestraße.** Aus den Kreisen der angestellten Architekten erhalten wir Zuschriften, in denen dagegen protestiert wird, daß dieser Wettbewerb nur unter selbständigen hallischen Architekten ausgeschrieben wurde. Es wird gefordert, daß auch die sogen. unselbständigen Architekten zur Konkurrenz aufgefordert werden, daß die angestellten Architekten im Preisrichteramt vertreten sind und daß in den von selbständigen Architekten eingereichten Entwürfen die Mitarbeiter genannt und am eventuellen Preise beteiligt werden.

Wir halten die Erfüllung dieser Forderungen für selbstverständlich und geben unserem Befremden Ausdruck, daß der Magistrat ein so unsoziales und dem Erfolge schädliches Ausschreiben erläßt. Die Zeit ist vorbei, daß nur Kapitalisten und Auch-Architekten die Möglichkeit gegeben wird, künstlerische Erfolge zu erringen. Ein Kenner der hiesigen Verhältnisse versichert uns, daß die Mehrzahl der hiesigen Privatarchitekten, Bauunternehmer und sonstigen, sich „Architekt" titulierenden Gewerbetreibenden nicht fähig ist, einen Entwurf für diesen Wettbewerb selbständig, d. h. ohne umfangreiche Hilfe künstlerischer Mitarbeiter anzufertigen. Wir schlagen vor, allen Teilnehmern am Wettbewerb, deren Arbeiten nach dem ersten Rundgang der Preisrichter noch zur Konkurrenz stehen, einen Teil ihrer Unkosten, vielleicht in Höhe von 200 Mk., zu vergüten. Dann wird die Beteiligung am Wettbewerb eine große sein und das künstlerische Ergebnis den aufgewendeten Mitteln entsprechen.

* **Einfuhr von Gemüse und Obst.** Durch Verordnung vom 14. Januar 1919 ist die Zentralisation der Einfuhr für frisches Gemüse und frisches Obst zunächst für die Zeit vom 1. April bis 1. September aufgehoben worden, d. h. die an die Grenze gelangenden Sendungen dieser Waren unterliegen nicht mehr dem Anbotszwang und dem Beschlagnahmerecht durch die Reichsstelle für Gemüse und Obst. Der Handel wird daher nun wieder die Möglichkeit haben, selbständig im Ausland frisches Gemüse und frisches Obst einzukaufen und nach Deutschland einzuführen. Die finanzielle Lage des Reiches gestattet jedoch nicht eine unbeschränkte und unkontrollierte Einfuhr mit Rücksicht auf die Verpflichtungen, die daraus dem Auslande gegenüber erwachsen. Die nötige Kontrolle wird dadurch ausgeübt, daß nach wie vor zu jeder Einfuhr eine Einfuhrbewilligung und eine Einkaufsgenehmigung des Reichsbankdirektoriums erforderlich ist.

* **Ein „gebildeter" Beamter.** Während des Generalstreiks und bis in die neueste Zeit ist von bürgerlicher Seite eine Flut von Lügen über die streikende Arbeiterschaft verbreitet worden. In allen Tönen wurde über angeblich begangene Roheiten der Arbeiter gezetert. Die Beamten traten in den Gegenstreik, um den „Terror" der Arbeiter zu brechen. Wo in Wahrheit Roheit und Beschimpfung als Kampfmittel verwendet wurden, zeigt uns ein Vorgang auf der Eisenbahn. Am 6. März rief der Zugrevisor Krause einem streikenden Schaffner zu: „Erbärmlicher Lump, geben Sie weg, sonst trete ich Sie in den A.... Sie sind nicht wert, daß Sie die Uniform tragen." — Krause ist derselbe, der sich trotz seiner hohen Bildung dazu hinreißen ließ, den Vorsitzenden der Eisenbahner, Genossen Georg Hennig, zu mißhandeln.

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft.** Außer Kali kommen von jetzt an auch Ammoniak und Superphosphat zum Verkauf. Dann können täglich Saatbohnen und Saaterbsen bezogen werden. Der Verkauf findet von 9 bis 3 Uhr, Sonnabends von 9 bis 1 Uhr statt. Die Ackerkarte, Tüten und andere Behälter sind mitzubringen.

* **Zeichen der Zeit.** Gestern früh schwamm am Rechen der Kläranlage auf dem Tafelwerder eine anscheinend völlig ausgetragene weibliche Kindesleiche (Neugeburt) an. Die Leiche, die etwa 3—4 Tage im Wasser gelegen haben mag, wurde nach dem Gertraudenfriedhof gebracht. — Gestern abend wurde in dem Durchgang der Grundstücke Gr. Brunnenstr. 3 und 3a ein etwa sechs Wochen altes Kind ausgesetzt. Es war bekleidet mit rotbunter Jacke, weißem Hemdchen und weißer gestrickter Mütze. Das Kind wurde nach dem Kinderasyl gebracht.

* **Das freiwillige Landesjäger-Korps** schreibt uns: „In Ihrem Artikel: „Abbau des Belagerungszustandes" am 17. März findet sich eine Angabe, die nicht ganz den Tatsachen entspricht. Bei dem Inhaber des Volksparkes wurde nach Waffen vor dem 6. März ebenso nachgesucht wie bei den Inhabern anderer Lokalitäten. Die nochmalige Nachsuchung nach dem 6. März erfolgte auf Grund erneuter Verdachtsmomente, die sich, wie die Gerichtsverhandlung ergeben hat, bestätigten."

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, abends 6 Uhr, gelangt Der fliegende Holländer zur Aufführung, Freitag: Der G'wissenswurm, Sonnabend: Lohengrin. Es wird hierbei besonders darauf hingewiesen, daß infolge der langen Spieldauer dieser Oper der Anfang dieser Vorstellung auf 5 Uhr festgesetzt ist. Ende 9 Uhr. Sonntag nachmittag: Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen: Die spanische Fliege; der Beginn dieser Vorstellung ist auf 3 Uhr angesetzt. Sonntag abend 6 Uhr: Der Barbier von Sevilla, Montag: Die Rose von Stambul.

Im Thaliatheater gelangt am Sonntag, den 23. d. Mts., abends 6½ Uhr Sudermanns Schauspiel Heimat zur Aufführung.

* **Die U.-T.-Lichtspiele, Alte Promenade 11a,** bringen ab Freitag, den 21. März, die 1. Folge des seinerzeit mit außerordentlichem Erfolge aufgeführten Kulturdokuments: „Keimendes Leben, 2. Teil.

**Ammendorf.** Arbeiter und Arbeiterinnen und alle anderen Personen, die am Sonntag, den 23. März, ihr Wahlrecht zur Arbeiterratswahl ausüben müssen, haben sich unverzüglich einen Ausweis über Arbeitsbescheinigung zu verschaffen. Alle im Amtsbezirk Ammendorf liegenden Betriebe erhalten Wahlausweise zugestellt. Jeder Wahlberechtigte hat seinen Ausweis vom Arbeitgeber zu fordern. Alle auswärts Arbeitenden und alle die Personen, welche irgendwo in Arbeit sich befinden, müssen ihren Ausweis sofort beim Arbeiterrat, Amtsgebäude Ammendorf, Zimmer Nr. 13, abholen. Dortselbst wird jede Auskunft erteilt. Arbeiter und Arbeiterinnen, frage einer den andern, ob er eine Arbeitsbescheinigung hat, ehe es zu spät ist.

**Nietleben.** Eine stark besuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins nahm am Dienstag Stellung zur Arbeiterratswahl. Es wurde beschlossen, die Wahlen am Sonntag, den 23. März, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, vorzunehmen und die Kandidaten hierzu neu aufzustellen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Beschafft euch Ausweise, damit ihr eures Wahlrechts nicht verlustig geht. Die Arbeitgeber sind verpflichtet Bescheinigungen auszustellen. Für Arbeitslose stellt der Arbeitsnachweis oder die Organisation dieselben aus. Die Namen der Kandidaten sind: Franz Müller, Bergmann, Albert Richter, Dreher, Otto Frauendorf, Tischler usw. An die Parteigenossen ergeht nun der Ruf, für die Wahl nach Kräften zu agitieren und zu arbeiten, damit das Ergebnis nicht zurücksteht gegen die vorherigen Wahlen. Arbeiter, Arbeiterinnen und Parteigenossen, frisch ans Werk, keiner darf fehlen, dann wird uns auch der Erfolg sicher sein.
Der Vertrauensmann.

**Könnern.** Stadtverordnetensitzung. Am 17. März wurden die 18 neuen Stadtverordneten eingeführt und die Wahlen für gültig erklärt. Als Vorsteher des Kollegiums wurde Genosse Neubert, als Stellvertreter Privatmann Krutzer, als Schriftführer Stadtsekretär Sauer und als stellv. Schriftführer Mittelschullehrer Göhre gewählt. Die Wahlen zur Einkommensteuereinschätzungs-, Schul- und Fortbildungsschuldeputationen wurden zurückgestellt, die übrigen Deputationswahlen wurden angenommen. Ein Antrag des Bürgerausschusses, die Weiterzahlung an den Arbeiterrat einzustellen, da er durch die Wahl des neuen Kollegiums überflüssig sei, wurde abgelehnt. Genosse Neubert beantragte Weiterzahlung der Entschädigung bis zur Entscheidung des Rätekongresses. Dieser Antrag wurde mit 8 gegen 5 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Die Stadtverordnetensitzungen beginnen künftig abends 7 Uhr. Arbeiter-Stadtverordnete werden für Lohnausfall entschädigt.

## Stadt-Theater.

**Der Barbier von Sevilla.** Komische Oper von Rossini. Des Meisters Barbier ist von jeher ein Liebling des Publikums gewesen, und wird es sein, so lange man noch Freude hat an leichtem, frohem Genuß und das Lachen noch nicht ganz und gar zu verlernen braucht und — so lange unsere Sänger- und Sängerinnen-Ensemble den echten „Barbier"-Gesangsstil noch zu beherrschen vermag. Daß unsere Sängerinnen betreffs dieses letzten Punktes günstiger daran sind als das männliche Personal, liegt in dem Unterschied der Natur der Stimmen. Eine nahezu vollständige Ueberraschung bot Elisabeth Schwarz als Rosine. Mit einem lebendigen, freien Spiel vereinte die Künstlerin die leichteste, lockerste Beweglichkeit der Stimme, die es ihr ermöglichte, allen, auch den schwierigsten Anforderungen der Rosinepartie in vollem Umfange gerecht zu werden. Ganz ausgezeichnet gestaltete Julius Neudörffer seinen Figaro. In seiner Lustigkeit und Schelmerei war er wirklich ein Cicero aller Barbiere und das um so mehr, als er auch stimmlich und gesanglich auf voller Höhe stand. Nicht ganz so günstig schnitt Adolf Harlacher als Graf Almaviva ab. Wo es sich im Singen um den reinen Bel-canto handelte, und auch an jenen Stellen, in denen der ausgesprochene Ziergesang zu Worte kommt, war er vorzüglich; aber schon rein äußerlich war er doch gar zu unbedeutend. Und warum immer wieder diesen süßlichen und säuselnden Ton, der gerade dem flotten Almaviva gar nicht zu Gesicht steht. Eine allseitig gediegene Leistung vermittelte Aug. Roesler als Dr. Bartolo, der mit seiner Komik an Werke war und sich als Sänger vor allem mit dem flüssigen Parlando (Cornelius Bard zur Nachahmung empfohlen) vollster Zufriedenheit zu erfreuen hatte. Gutes bot der schon erwähnte Cornelius Bard als Basiolo. In der Verleumdungsarie liegt aber doch noch mehr, als der Sänger herauszuholen wußte. Alle übrigen Mitwirkenden fügten sich dem Ganzen sicher und gut ein. Trefflich, wenn auch nicht immer flüssig genug, spielte das Orchester unter Kapellmeister Karl Nöhren.

Von dem offiziellen Schluß des Stadttheaters trennen uns kaum noch sechs Wochen. Ueber eine Verlängerung der Spielzeit auch in diesem Jahre verlautet leider immer noch nichts. Und doch würde eine solche Verlängerung die Zustimmung des Publikums und — der Künstler finden.

# Allerlei.

## Der liebe Gott und der Pastor N. N.

Als der Pastor N. N. gestorben war, steckte er die Bibel in die linke Tasche seines langen Predigergewandes und machte sich auf gen Himmel. Der Weg war lang und führte vorbei an den vielen Massengräbern, an den zerschossenen Dörfern und zerstörten Städten. Aber der Pastor N. N. sah nicht rechts und nicht links, und so kam er doch noch vor abends an.

Als er vor der Wohnung des lieben Gottes stand, machte er Halt, um sich eine passende Rede auszudenken.

Aber es wurde ihm nicht leicht, denn hier war manches anders, als er sich gedacht. Kein Cherubim nahm ihm die Visitenkarte ab und es stand auch irgendwo ein Schild: Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben.

Schließlich ging der Pastor N. N. weiter und stand bald vor dem lieben Gott, einem alten Herrn, der in einem großen Buche las. Der Pastor N. N. räusperte sich mehrmals, aber der liebe Gott sah nicht von dem Buche auf. Da wurde der Pastor N. N. ungeduldig, machte mit der Rechten eine zornige Handbewegung, wie auf der Kanzel, wenn er von der Sozialdemokratie sprach und sagte: „Guten Abend." Der liebe Gott antwortete freundlich: „Guten Abend", aber er sah nicht von dem Buch auf. Jetzt riß dem Pastor seine christliche Geduld und er begann finster: „Selig sind, die da . . . ." Da schaute der liebe Gott auf und fragte interessiert: „Ist dies nicht aus der Bibel?" „Wie — rief erschrocken der Pastor N. N. — du bist der liebe Gott und weißt nicht, was in der Bibel steht?" — „Es ist schon lange her — sagte der liebe Gott —, daß ich dies Buch geschrieben habe, und manches hat sich unterdessen verändert." Es war, als ob er dabei ein wenig traurig würde und als ob über das große Buch ein blutiges Leuchten ging. Nun wurde der Pastor aber gesprächiger. „Lieber Gott," rief er, „nun weiß ich, woher unser Unglück rührt, du hast uns verlassen ob unserer Sünden willen. O über die Sozialdemokratie! Ich habe es jeden Sonntag gesagt!"

Der liebe Gott sah bei diesen Worten nachdenklich vor sich hin. „Sozialdemokratie," sagte er dann. „Sprich, von welchem Stern kommst du." „Von welchem Stern? Ich komme von der Erde," erwiderte der Pastor N. N. „Erde," murmelte der liebe Gott und begann in dem Register zu dem großen Buche aufmerksam zu blättern. Endlich hatte er gefunden, was er suchte, und fragte: „Wo steht ihr jetzt?" Dabei las er einige Sätze aus der mittelalterlichen Geschichte vor. „Weiter, weiter," rief der Pastor N. N., „wir sind viel weiter, sieh beim Weltkrieg nach." „Krieg," rief der liebe Gott, „habt ihr denn noch Kriege?" und blätterte wieder etwas zurück.

„O Gott, o Gott," rief verzweifelt der Pastor N. N., „jetzt bin ich 30 Jahre lang Pastor gewesen und davon 20 Jahre Hofprediger und habe acht Bände Kriegspredigten geschrieben und immer wieder bewiesen, daß du auf unserer Seite stehst — und nun fragst du mich, ob es noch Kriege gibt."

Dabei machte der Pastor N. N. ein so unglückliches Gesicht, daß es dem lieben Gott leid tat und er zu ihm sagte: „Du scheinst etwas verwirrt, was kann ich für dich tun?"

Der Pastor N. N. faßte sich und froh, der Anwalt der Menschheit vor Gottes Thron zu sein, begann er eifrig zu sprechen: „O lieber Gott, viel Wichtiges gibt es für dich zu tun. Stärke den Glauben und die deutschnationale Volkspartei, wehre der Sünde und der Sozialdemokratie, sonderlich der unabhängigen. Mache deine Kirche stark und laß die kleinen Kinder weiter in der Schule die drei Artikel lernen. Beschütze unsern König und sein Haus auch im fernen Holland, bereite allen, die wider den Stachel löken, ein sanftes Ende, wie Liebknecht und Rosa Luxemburg!"

Hier unterbrach ihn der liebe Gott etwas ungeduldig, aber doch lächelnd, indem er sagte: „Nimm es mir nicht weiter übel, aber du sprichst ja wie — ein Pastor!"

Damit blätterte der liebe Gott in dem großen Buche weiter, und die Audienz war beendet.

### Verhängnisvolle Schießerei.

Aus Nieder-Hadamar (Hessen-Nassau) wird gemeldet: Der Grenzschutzsoldat Kirberg traf am Montag abend im Rathaus zwei amerikanische Soldaten, die er nach ihren Pässen fragte. Er wies sie zurück, als sie keine Ausweispapiere vorlegen konnten. Plötzlich zog einer der Amerikaner seinen Armeerevolver und gab auf Kirberg mehrere Schüsse ab, die ihn sofort töteten. Dann ergriff er die Flucht, wandte sich aber um, schoß abermals und traf seinen eigenen Kameraden, der tödlich verletzt zu Boden stürzte. Dann wandte er die Waffe zum dritten Male gegen die ihm folgenden Personen. Er traf hierbei den 47jährigen Landwirt Georg Weier, Vater von 10 Kindern, in die Lunge, so daß dieser nach kurzer Zeit seinen Verletzungen erlag. Gestern weilte ein amerikanischer Offizier am Orte und nahm den Tatbestand auf.

### Keine Luftschiffexplosionen mehr.

Der Matin berichtet, daß der Versuch englischer und amerikanischer Techniker, die Explosionsgefahr für Lenkluftschiffe zu vermeiden, zu einem Erfolge durch Anwendung von Heliumgas an Stelle von Wasserstoff geführt haben. Bisher war Helium sehr selten; man hat aber in Amerika neue heliumhaltige Quellen entdeckt, so daß es jetzt nur den zwanzigtausendsten Teil des Vorkriegspreises kostet. Da Helium völlig unverbrennlich ist, können jetzt die Motore im Innern des Ballons eingebaut und dieser zur Erzielung größerer Auftriebskraft geheizt werden.

## Briefkasten der Redaktion.

### An unsere Leser!

Durch die große Steigerung der Bezieherzahl des Volksblattes hervorgerufen, ist auch die Zahl der täglich bei uns einlaufenden Anfragen bedeutend angewachsen. In Rücksicht darauf und gezwungen durch die leidige Papierknappheit sieht die Redaktion sich veranlaßt, den für die Beantwortung von Anfragen bisher zur Verfügung gestellten Raum aufs äußerste einzuschränken. Es sollen daher in Zukunft im „Briefkasten" nur diejenigen Fragen beantwortet werden, die für sämtliche Leser des Volksblattes von Interesse sind. Alle übrigen Anfragen werden brieflich beantwortet, wenn ihnen die letzte Monatsquittung, Rückporto und die genaue Adresse beigefügt ist.
Redaktion.

**N. K. Bitterfeld.** Ueber die Anlegung des Vermögens eines Mündels hat der Vormund zu bestimmen. Das Gericht kann ihm darüber keine bestimmten Vorschriften machen. Natürlich muß der Vormund die Vorschriften über die Sicherheit des Geldes einhalten.

**B. Artern.** Für die Kriegerfrau, deren Mann noch als vermißt gilt, muß die zuständige Gemeinde die ärztliche Behandlung und Heilmittel bezahlen, wenn Bedürftigkeit vorliegt.

**L. W. 400.** Wenn Sie das Haus gekauft haben, muß die alte Besitzerin, ohne daß ihr gekündigt wird, ihre Wohnung räumen. Wenn nötig, müssen Sie auf Kündigung klagen.

**N. E. 50.** Die Unterhaltsgelder für das uneheliche Kind müssen während Ihrer Kriegsdienstzeit nachgezahlt werden. Es kann aber das abgezogen werden, was für das Kind inzwischen an Staats- und Gemeindeunterstützung gezahlt wurde.

Verantwortlich: für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis und für Aus der Provinz: Gottlieb Kasparek; für Anzeigen: Hermann Schade. Verlag: Volksblatt, G. m. b. H.; Druck: Hallische Genossenschafts-Buchdruckerei, G. m. b. H. Sämtlich in Halle.

## Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 6—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190320-10/fragment/page=0003
DFG

**Walhalla-Operetten-Theater.**
Anfang $^3/_4$7, Ende $^1/_4$10 Uhr.
**Die Faschingsfee.**
Sonntag zum letzten Male:
**Frau Holle.**
Kleine Preise. Kinder halbe Preise.
Kasse 10—$1^1/_2$ u. 4—6 Uhr.

**ZOO.** 3504
Heute abend $6^1/_2$ Uhr:
Grosses Extra-
**Militär-Konzert**
von der
Kapelle des Füsilier-Regts. Nr. 36.

**Stadttheater.**
Freitag, den 21. März 1919.
Anfang 6 Uhr. Ende $8^1/_4$ Uhr
**Der G'wissenswurm.**
Bauernkomödie
715 von Anzengruber.
Sonnabend: **Lohengrin.**
Anfang 5 Uhr.

**Thalia-Theater**
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 23. März 1919,
abends $6^1/_4$ Uhr: 5716
**Heimat.**
Schauspiel von Sudermann.

# Eisenbahner Halles!

**Sonntag, den 23. März, vormittags 10 Uhr, in der Kaiser-Wilhelmshalle, Neue Promenade 8:**

## Allg. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Situationsbericht über die letzten Vorkommnisse.
2. Ist die Neuausschreibung die Ortsbeamtenstelle notwendig? 5721

Alle Mitglieder wollen pünktlich erscheinen!
— Eintritt gegen Legitimation. —

**Deutscher Eisenbahnerverband, Zahlstelle Halle.**

# Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter,

**Filiale Halle a. d. Saale.**

Unsere **Mitgliederversammlung**
findet Freitag, 21. März, abends $6^1/_2$ Uhr, im „Volkspark" statt.

Gauleiter **Bucholt**, Leipzig, wird anwesend sein.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. 5718

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kollegen ersucht **Der Vorstand.**

# Lettin.

**Sonnabend, den 22. März, abds. 8 Uhr, im Gasthaus zur Erholung:**

## Öffentl. Gemeinde-Versammlung.

Tagesordnung:

**Die Forderung der Sozialisierung und der drohende Verkauf der Domäne.**

Redner: Genosse **Hildebrandt**, Halle.

5722 Der Einberufer.

# Nietleben.

**Freitag, d. 21. März, abds. $7^1/_2$ Uhr, im „Gasthof Maty":**

## Oeffentl. Wählerversammlung

**zum Arbeiterrat.** 5723

Redner: Genosse **Krauser**, Halle.

Arbeiterinnen und Arbeiter, beweist durch starken Besuch der Versammlung Euer Interesse und schützt Eure Vertretung. **Der Einberufer.**

# Delitzsch.

**Freitag, den 21. März, abends $7^1/_2$ Uhr.**

## Volks-Versammlung.

*3503 Tagesordnung:

**National-Versammlung u. Arbeiterräte.**

Redner: Abg. **W. Koenen**-Halle.

**Nach dem Vortrage freie Aussprache.**

Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte, erscheint in Massen. **Sozialdemokratischer Verein.**

**Zahn-Atelier Frau v. Schulz**
Sprechstunde v. 9-6 Uhr abds.
**Steinweg 2.** 4087
im Hause des Kgl. Standesamtes.

Meine Schuh-Besohlanstalt
**Ludwig Wuchererstraße 59**
ist wieder eröffnet. 5676
**Hermann Schröder.**

# Amtliche Bekanntmachungen.

**Städtischer Verkauf von Heringen**
**in der Talamtschule, am Freitag, den 21. März 1919.**

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 16000 bis zurück 13501 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 13500 bis zurück 12001, nachmittags von 2—6 Uhr. Für die Person eines Haushaltes können ca. 110 Gramm zum Preise von 30 Pfennigen abgegeben werden.

Halle, den 20. März 1919. **Der Magistrat.**

**Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven und Roßschlackwurst** (Sonderverteilung) in der Talamtschule am Freitag, den 21. März. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 31001 - 34500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 34501 — 38000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann $^1/_4$ Pfd. Roßschlackwurst zum Preise von 2 Mk für $^1/_4$ Pfund abgegeben werden. Anstelle der Roßschlackwurst können Haushalte mit 1—2 Personen eine Einhalbpfunddose Rot- oder Leber-Roßwurst zum Preise von 2 Mk., Haushalte von 3—4 Personen eine Einpfunddose, Haushalte mit 5—8 Personen 2 Einpfunddosen und Haushalte über 8 Personen 3 Einpfunddosen Wurst- und Fleischkonserven zum Preise von 6 Mk. für die Einpfunddose entnehmen. Diejenigen Haushalte, welche bei Sonderbelieferungen (Brot, Wurst usw.) schon berücksichtigt sind, haben bei dieser Verteilung keinen Anspruch auf Belieferung. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Halle, den 20. März 1919. **Der Magistrat.**

**Der Verkauf von Buchweizengrütze und Kartoffelgraupen** wird wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, den 21. März. Für jede Person eines Haushaltes wird $^1/_4$ Pfund Buchweizengrütze oder Kartoffelgraupen nach Auswahl abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt für Buchweizengrütze 80 Pfg. für das Pfund und für Kartoffelgraupen 1.30 Mk. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Buchweizengrütze oder Kartoffelgraupen einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 287 des Warenbezugsscheines 20 zu erfolgen.

Halle, den 20. März 1919. **Der Magistrat.**

**Ausschreibung.**

Die Ausführung a) der Erdarbeiten, b) der Beton- und Eisenbetonkonstruktionen für den **Neubau einer Wagenhalle für die Straßenbahn** zu Halle, an der Freiimfelderstraße gelegen, soll im Wege der Wettbewerbung in zwei Losen vergeben werden.

Mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis Mittwoch, den 26 März 1919, vormittags 10 Uhr, an das Magistrats-Bureau I — Hochbau — Zimmer Nr. 106 des Sparkassengebäudes, Rathausstraße 6 II, einzureichen. Die Verdingungsunterlagen liegen von 10—1 Uhr vormittags im Zimmer Nr. 125 des Hochbauamts, Rathausstraße 6 II, zur Einsicht aus, woselbst auch die Verdingungsanschläge, soweit vorrätig, entnommen werden können. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Halle, den 18. März 1819. **Städtisches Hochbauamt.**

# Merseburg.

**Ausgabe von Lebensmitteln.**

Für die Zeit vom 24. März bis 30. März werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 1 Pfd. Möhren zum Preise von 17 Pfg. auf Bezugschein Nr. 38, 1 Pfd. Zwiebeln zum Preise von 30 Pfg. auf Bezugschein Nr. 39, 1 Pfd. Sauerkohl zum Preise von 30 Pfg. auf Bezugschein Nr. 40 und $^1/_2$ Pfd. Marmelade zum Preise von 50 Pfg. auf Bezugschein Nr. 41. Abgabe der Bezugscheine Nr. 38 bis einschl. 41 am Donnerstag, den 20. März und Freitag, den 21. März. Einreichung der Forderungsnachweise durch die Verkaufsstellen bis spätestens Sonnabend, den 22. März mittags 12 Uhr. Verkauf der Ware von Donnerstag, den 27. März bis einschl. Sonnabend, den 29. März, gegen Abgabe der Quittungsabschnitte.

Merseburg, den 19. März 1919.
L. A. II. 742/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

**Ausgabe der Brotmarken.**

Die Ausgabe der Brotmarken findet im alten Rathaus, Burgstraße 1, in folgender Reihenfolge statt: Donnerstag, den 20. März, vormittags von 8 - 12.30 Uhr, und nachmittags von 3—6 Uhr für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben von A bis einschließlich J, Freitag, den 21. März, zu denselben Zeiten für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben von K bis einschließlich P, Sonnabend, den 22. März, von 8—2 Uhr, für die übrigen Straßen. Die Abgabe der Marken erfolgt nur an erwachsene Personen des Haushaltes gegen Vorlegung des Lebensmittelheftes. Eine Ausgabe an anderen Tagen findet nicht statt. Die Ausgabe der Krankenbrotmarken findet am Montag, den 23. März, von 8—1 Uhr, im Rathaus, Markt 1, statt.

Merseburg, den 18. März 1919.
L A I. 879 19. **Der Magistrat.**

**Ausgabe der Leuchtmittel für Monat März.**

Es werden für Monat März zugeteilt: auf jede Petroleummarke $^1/_2$ Liter Petroleum zum Preise von 28 Pfg., auf jede Karbidkarte 5 Pfund Karbid zum Preise von 75 Pfg. für das Pfund, auf Abschnitt 4 der Kerzenkarte 2 Kerzen zum Preise von 42 Pfg. Der Verkauf erfolgt nur in den bekanntgegebenen zugelassenen Verkaufsstellen, in denen die Empfangsberechtigten zur Kundenliste eingetragen sind. Die Verkaufsstellen haben den zum Verkauf freigegebenen Abschnitt eigenhändig von der Leuchtmittelkarte abzutrennen und dem Magistrat sofort nach Schluß des Verkaufs mit dem vorgeschriebenen Verkaufsbericht einzusenden.

Merseburg, den 18. März 1919.
M. 151/19. **Der Magistrat.**

**Ausgabe von Gaskoks zur Streckung des Hausbrandes** im städtischen Gaswerk täglich vormittags von 9—12 Uhr, nachmittags von 2—4 Uhr. Die Abgabe erfolgt nur an die versorgungsberechtigte Bevölkerung der Stadt Merseburg und die städtischen Gewerbebetriebe gegen Abgabe der vom Magistrat ausgefertigten Hausbrandbezugscheine oder auf städtische Kohlenmarken. Es empfiehlt sich, auch den künftigen Bedarf an Gaskoks schon jetzt einzudecken, nötigenfalls unter Anrechnung auf den Bedarf des Hausbrandwirtschaftsjahres vom 1. Mai 1919 bis 30. April 1920. Bezugscheine werden erteilt im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer Nr. 18.

Merseburg, den 18. März 1919.
L. A. II. 45/19 **Der Magistrat.**

Nach dem Beschluß der städtischen Behörden wird zu den Sätzen Ziffer VI a. und b der Gebührenordnung des städtischen Krankenhauses vom 12./26. Juni 1917 für den **Gebrauch des Röntgenapparates** ein Teuerungszuschlag von 25 Proz. vom Tage der Verkündung ab erhoben.

Merseburg, den 14. März 1919.
IV. 2447/18. **Der Magistrat.**

Wegen des monatlichen Kassenabschlusses bleibt unsere Kämmereikasse und Steuerkasse Dienstag, den 25. März, für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Merseburg, den 18. März 1919.
I. X 166/19. **Der Magistrat.** 5724

# Bekanntmachung.

## An die Turn- u. Sportvereine der Mansfelder Kreise.

Richte an alle Turn- und Sportvereine die Aufforderung zur restlosen Beteiligung an der

## Bezirks-Gründung

am **Sonntag, den 23. März, vormittags 10 Uhr.** Ort der Tagung: **Hettstedt im Schützenhaus.**

Da der Konferenz eine Vorturnerstunde vorausgeht, ist das Erscheinen der Vereins-Vorturner erforderlich.

Das Turnen leitet Kreis-Turnwart **Jgn. Kroll, Magdeburg.** Danach ist Aufnahme der noch nicht gemeldeten Vereine in den Arbeiter-Turnerbund. Mitglieder-Verzeichnisse und Beiträge sind erforderlich.

Um $11^1/_2$ Uhr Beginn der

## Bezirks-Konferenz

Tagesordnung wird bekanntgegeben. Aufklärungs-Vortrag hält Kreis-Vertreter, Turngenosse **Otto Bürger**, Halle. Vorstandswahlen. *3502

Um restloses und pünktliches Erscheinen bittet
**Der Ausschuß-Obmann, gez. Wolsky.**

5717
Auch auf Teilzahlung
**Friedrich Gronau,**
Barfüsserstrasse 16.

Neues Reißbrett u. Reißzeug zu verkaufen 5711
Gabelsbergerstr. 26, Hof II.

Zur
**Konfirmation!**
**Brieftaschen Portemonnaies**
in Leder
sehr preiswert
**Rch. Krasemann**
nur 5712
Schmeerstraße 19.

**Den Festbedarf**
Ansteckfachen, Eintrittsu. Garderobenblocks, Tanzabzeichen, humorvolle Kopfbedeckungen aus Papier u. Stoff, Maskenkostüme, Girlanden, Vereinsabzeich.,
**Porträtnadeln,**
pol. Postkarten u. Künstlerkarten, deckt man vorteilhaft bei *3248
**Rich. Lipinski, Leipzig,**
Königstr. 12. Fernspr. 2309.

1 P. gute Lederschuhe, Gr. 34, geg. Gr. 35 od. 36 einzutausch. 5714 Lerchenfeldstr. 10, H. p.

**Sanitäts-Gummi-Waren.**
Versand nach auswärts.
**E. Kertzscher,**
Leipzigerstraße 26,
Ecke Poststraße [5713
und Gr. Ulrichstraße 63.

**Arbeitsmarkt**

**Flickfrau**
zum Ausbessern von Säcken für dauernd gesucht. **Gebr. Wege**, Schillerstr. 1. *3506

**Stütze**
für großen Geschäftshaushalt gesucht durch **Binneweiss**, Inh. **Friedrich Gareis**, gewerbsmäßiger Stellenvermittler, Sternstr. 12. *3507

**Kaninchenfelle, Hasenfelle**
sowie alle anderen Sorten
**Felle, Häute, Tierhaare und Wolle** 5694
kaufen zu Höchstpreisen
**Gebr. Danglowitz,**
Fischerplan 2. Tel. 1178.

**Schulbücher** aller Art
empfiehlt die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

## Allgemeiner Konsumverein Lettin bei Halle a. d. S.

e. G. m. b. H.

Wir suchen einen tüchtigen

## Geschäftsführer.

Umsatz ca. 200000 Mark. Bewerbungen mit Lebenslauf, Gehaltsansprüchen und bisheriger Tätigkeit sind bis 15. April an den Unterzeichneten einzureichen. *3464

**Der Aufsichtsrat. Franz Ohme, Vorsitzender.**

**Mehrere tüchtige Schneider für Grosstücke**
stellt sofort ein *3505
**Albert Drechsler Nachf.**

## Maurer

stellt ein für Erdeborn, Röblingen a. S., Amsdorf, Stedten und Schraplau

**Otto Blume, Schraplau,**
*3490 Maurer- und Zimmermeister.

## Möbeltischler,

welche furnierte, größtenteils gesperrte Arbeit, nach Zeichnung selbständig, sauber und gewissenhaft ausführen können, werden bei garantiertem Tariflohn und 8stündiger Arbeitszeit gesucht. *3501

**Marby & Gesch,**
Kunstgewerbliche Werkstätten,
**Kottbus.**

# Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 26. v. Mts. betr. die Ablieferung von im Besitze von Zivilpersonen befindlichem **Heeresgerät** wird gemäß der Verordnung vom 28. Dezember v. Js. (R. G. Bl. S. 1478) alles bisher nicht zur Ablieferung gelangte Heeresgerät (insbesondere Waffen) **für verfallen erklärt.**

Halle, den 12. März 1919.

**Der Vorsitzende des Demobilmachungsausschusses.**
**von Krosigk, Landrat.**

**Apollo-Theater.**
Anf. $^3/_4$7 Uhr, Ende 9.15.
**Die schöne Kubanerin**
Operette in 3 Akten 5719
von Max Gabriel.
Sonntag, nachm. $2^1/_2$ Uhr, bei kleinen Preisen:
**„Polnische Wirtschaft."**
Vorverkauf 9-1, u. $^1/_2$5-6.

**Osendorf.**
**Humorist. Gesellschaft „Frohsinn".**
Sonntag, d. 23. März cr., von nachmittags 3 Uhr ab, im **Dreierhaus:**
**Großes Tanzkränzchen**
Es ladet freundlichst ein
*3499 **Der Vorstand.**

**Klavier-, Violin-, Cello-, Sologesang-Unterricht**
wird auch an Anfänger erteilt in 5392
**Heldrichs Konservatorium**
Gutchenstrasse 20.
Anmeldungen täglich.

Guterhaltene Möbel weg. Räumung v rkauft 5665
E. Dippold, Gr. Gosenst. 12p.

Wasserdichte
**Gummi-Bettstoffe** 4790
neu eingetroffen
(Bester Wäscheschutz).
**C. Klappenbach,**
Gr. Ulrichstr. 41.

Bettstellen mit Matratzen, Sofas, Portieren kauft [5666
E. Dippold, Gr. Gosenstr. 12 pt.

Ziehung 3. 4. 5. April
Marine Genesungsheim
**Geld Los 3** — 30 Porto u. Liste, M 45 ₰ extra
11 586 Geldgewinne **375000** M
**100000**
**50000**
**20000**
**A. Eulenberg** ? r. I
Elberfeld Nr. 27
Lotteriebank
*3434

**Friedrich Wilhelm,**
Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin.

**Police-Aufgebot!**

Die auf den Namen des **Richard Rädisch**, Bergmann, in **Alberstedt** lautende Versicherungs-Police Nr. C. O. 521917 ist nach Anzeige des Versicherten in Verlust geraten. Dies wird mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß, falls ein Berechtigter sich nicht meldet, nach Ablauf von drei Monaten die genannte Police für kraftlos erklärt und an Stelle derselben eine neue Police ausgefertigt wird.

Berlin, 11. Februar 1919.
*3500 **Die Direktion.**

Mehrere hundert Stück gute
**Reisigbesen**
sind zu verkaufen.
Zu erfragen bei *3503
**Oswald Deutschbein, Gossa (Kreis Bitterfeld).**

**Hasen-, Kanin- und andere Sorten Felle**
kauft zu
**höchsten Preisen**
**A. Weise,**
Rannischestr. 1. Tel. 1667.

**Klappwagen** mit Verdeck zu verkaufen.
Schlosserstr. 11 pt. 5720

Neu! Neu!
**Wähler und Sozialdemokrat.**
Ein Gespräch über Privateigentum, Enteignung und Sozialismus.
Preis 15 Pf. Porto 5 Pf.
Zu beziehen durch die
**Volks-Buchhandlung,**
Halle a. S., Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190320-10/fragment/page=0004

# Die Sozialisierung.

**Von Professor Lederer-Heidelberg.**

**Nach der marxistischen Lehre vollzieht sich die Sozialisierung mit der Gewalt und Folgerichtigkeit eines Naturprozesses.** Die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus zeigt ein doppeltes Gesicht; sie zertrümmert alle Schranken einer veralteten Rechtsordnung, sie zertrümmert technisch überholte Betriebsformen, vernichtet veraltete ökonomische Existenzen. Verwandelt sie so auf der einen Seite die soziale Ordnung und die wirtschaftlichen Formen der „guten alten Zeit" in einen Trümmerhaufen, so doch nur, um auf diesem sofort das neue, weitaus straffere Regiment des kapitalistischen Prozesses zu schaffen. Im Kapitalismus entfalten sich alle Produktivkräfte, welche vorher gebunden waren; eine Fabrik erzeugt mehr Garn als die Handspinner des ganzen Landes, eine Weberei legt ganze Bezirke von Handwebern lahm. Nicht nur Menge, auch Art der Erzeugung wird eine andere, die Intensität der Arbeit wächst, letzlich nimmt auch der Typus des Arbeiters eine andere Form an. Diese Ummandlung beschränkt sich also nicht auf den maschinellen Apparat, und auf den Menschen, der an ihm arbeitet — sie ergreift die ganze Gesellschaft, insbesondere auch den Unternehmer. So wird ein gesellschaftlicher Rahmen geschaffen, in welchem die produktiven Möglichkeiten vorhanden sind, die Bevölkerung der Welt zu versorgen, und damit die Vorbedingungen für eine kulturelle Entwicklung der Massen zu bieten.

Aber diese, nach einigen Kinderkrankheiten rasch fortschreitende Entfaltung der Produktivkräfte und der Produktivität, diese Ueberschüttung der Welt mit Produktmassen, die damit ermöglichte reichlichere und freiere Lebenshaltung auch der großen Massen der Bevölkerung stößt an die Schranken der kapitalistischen Produktion; zuerst erschüttern Krisen den Wirtschaftskörper, lähmen seine Energie, verurteilen Arbeitswillige zum Feiern; die Waren stauen sich unverkäuflich in den Magazinen, die Aufträge stocken; in den Fabriken stehen die Arbeitsplätze leer, und die Massen der Beschäftigungslosen sehen sich auf karge Unterstützungen angewiesen: so kennzeichnet den Kapitalismus Mangel an Organisation; aber bald wird dieser Zustand überwunden: die Kapitalisten erkennen die Gefahr der Krisen: diese bringen ihnen Verluste, zehren ihre Reserven auf, erschüttern ihren Kredit, schmälern also ihre Kapitalkraft und damit die Möglichkeit, gute Konjunkturen auszunutzen. So bahnt sich eine Organisation der Unternehmer an, die Erzeugung geschieht nach einem Plan, die Beschäftigung und damit die Löhne werden stetiger. So sind die Kartelle auch von Vorteil für die Arbeiter; aber als Organe der Unternehmer, in erster Linie geschaffen zur Hebung des Profits, schränken sie bald die Erzeugung ein; denn sie verkaufen kleine Mengen zu hohen Preisen mit größerem Nutzen als große Mengen zu niedrigen Preisen. Litt also vorher der Kapitalismus an Unterorganisation, so ist er jetzt, volkswirtschaftlich betrachtet, überorganisiert, und das Problem der dauernden Arbeitslosigkeit von Pauper-Massen ist die Kehrseite eines Zustandes größerer Gleichmäßigkeit des Beschäftigungsgrades und — vielleicht — höhere Löhne für bevorzugte Arbeiterschichten. Unter- oder Ueberorganisation wird so stets das Schicksal einer Produktionsordnung sein, welche nicht vom Bedarf der Massen, sondern vom Profitinteresse der Unternehmungen aus sich aufbaut.

Die inneren Widersprüche (wenn die freie Konkurrenz herrscht) oder die im System gelegenen Schranken (wenn sich die Wirtschaft kapitalistisch organisiert) hemmen die Entfaltung der Produktionskräfte; und es ist die leitende Idee der sozialistischen Lehre in allen ihren Erscheinungsformen: wenn wir die Produktionsmittel in eine Ordnung einfügen, welche sich auf dem Produktions- und Konsuminteresse der Massen aufbaut, wenn wir das Lohnsystem zerbrechen, so können wir auf der im Kapitalismus erreichten technischen Höhe des Produktionsprozesses eine demokratische Verfassung von Produktion und Konsum schaffen, welche erst die Vorbedingung für eine kulturelle Entwicklungsmöglichkeit der Arbeiter zu bieten vermag.

Es muß offen ausgesprochen werden, daß man heute in den weitesten Kreisen von dieser grundlegenden Idee recht wenig spürt. Der Arbeiter denkt heute noch überwiegend in den Begriffen des kapitalistischen Systems: er verlangt also: Lohnerhöhung. Der Unternehmer desgleichen: er verweist darauf, daß er bei derartigen Löhnen nicht existieren kann. Der Arbeiter rechnet dem Unternehmer seine Kriegsgewinne nach, der Unternehmer berechnet, wieviel Profit er pro Arbeiter erzielt und daher bestenfalls konzedieren kann. So wird die Revolution, wie es der Volksbeauftragte Barth neulich ausdrückte, in Lohnbewegungen aufgelöst; selbst dort, wo man weitergeht, z. B. in der schweren und in der Rüstungsindustrie, ist Verstaatlichung das letzte Wort. Verstaatlichung wieder aus dem Gesichtspunkt, um den Profit der Allgemeinheit zuzuführen, jedoch ohne das Wirtschaftsprinzip des Kapitalismus anzutasten.

Jeder, der nicht ein verbohrter Schulmeister ist, muß dieses Verhalten der Massen und der Unternehmer begreifen; aber jeder muß auch zugeben: solche Strömungen führen nicht auf den Weg zum Sozialismus.

Die Erklärung liegt in der gegenwärtigen Lage; sie ist wirtschaftlich augenblicklich nicht günstig für den Sozialismus. Wenn es die Aufgabe des Kapitalismus war, die enge Dürftigkeit zünftlerischer Produktion zu überwinden, wenn diese Aufgabe vor dem Kriege bereits größtenteils geleistet war, so steht sie heute neu vor uns. Wir sind wieder arm, wie je zuvor in grauen Vorzeiten, und wir müssen aufbauen. Nur in einer Hinsicht sind wir im Vorteil: wir haben die großen Organisationsformen bereits entwickelt und beginnen auf einem hohen technischen Niveau. Aber wir werden auf jeden Fall als Aufgabe vor uns sehen, wie immer wir erzeugen: wenig zu verbrauchen, um viel zu sparen, um alle Zerstörungen wieder auszugleichen. Auch eine sozialistische Produktion hat diese Aufgabe, ja in höherem Maße als die kapitalistische Volkswirtschaft. Denn sie muß die Produktionsmittel wieder schaffen oder retablieren, um die ganze Gesellschaft menschenwürdig zu versorgen. Sie hat ihre Aufgabe erst gelöst, wenn alle Menschen Arbeit und Brot finden, während sich der Kapitalismus mit Scheinlösungen zufrieden gibt und selbst die größte Arbeitslosigkeit mit dem irreführenden Hinweis darauf erledigt, daß jeder „Fleißige" seine Existenz erwerben kann.

Trotzdem bedeutet es, Steine statt Brot zu geben, wenn man bloß auf die Schwierigkeiten der Lage hindeuten und jeden energischen Eingriff, jede wesentlichere Veränderung ablehnen würde. Der Arbeiter müßte am Erfolg der Revolution verzweifeln, wenn er sähe, sie beschränkte sich bloß auf die politischen Lebensformen — von so entscheidender Wichtigkeit diese auch sein mögen. Er wird enttäuscht sein, wenn man ihn auf die großen Schwierigkeiten aller grundstürzenden Aenderungen hinweist, wenn man betont, daß unbedingt die Produktion, und für diese wieder der Unternehmer bei guter Laune erhalten werden müsse, wenn man erkennen läßt, daß es zwar möglich war, die Macht des politischen und militärischen Systems an einem Tage zu brechen, daß aber der Kapitalismus als wirtschaftliches System zunächst unverändert weiter bestehen müsse. Daher auch der brennende Wunsch, rasch einzugreifen, zu „beschlagnahmen", die Betriebe zu „erobern".

Aber wie geschieht das, oder wie soll es geschehen nach dem Wunsch der Ungeduldigsten? Bisher sieht man nichts, als die Erhebung von Lohnforderungen. So stellt sich die Arbeiterschaft selbst wieder auf den Boden des Kapitalismus; wenn die Löhne steigen, müssen die Preise der Waren erhöht werden, was weitere Lohnerhöhungen notwendig macht; die Arbeiter setzen damit die volkswirtschaftlich irrsinnige Politik der Kriegswirtschaft fort, welche darin bestand, daß alle Schichten am Kriege profitieren wollten, was auch der Fall war — bis der ganze Karren im Morast stecken blieb.

Also soll nichts geschehen? Soll alles beim alten bleiben? Soll die Revolution auf das politische Gebiet beschränkt bleiben? Mit nichten. Aber was geschehen kann und soll, ist so mannigfaltig und vielfältig, daß es in wenigen Wochen nicht geschehen kann. Z. B., was soll man sich unter der Forderung vorstellen: bestimmte Betriebe, etwa der Rüstungsindustrie, seien „sofort zu beschlagnahmen"? Ich kann Rohstoffe beschlagnahmen, ich kann Lebensmittel beschlagnahmen; ich kann einem Hamster feine Butter wegnehmen und sie den Kranken eines Spitals aufs Brot zum Frühstück streichen — das ist verhältnismäßig einfach; einen Betrieb „beschlagnahmen" — geht das überhaupt? Ich kann doch nicht den Unternehmer von seinem Schreibtisch wegjagen und einen beliebigen Arbeiter oder Angestellten auf seinen Stuhl setzen — er wird sich nicht einmal in der Aktenregistratur auskennen. Was will man also tun? Alle Leute mit vorgehaltenem Revolver zwingen, wenn sie nicht Order parieren? Die Sklaverei wieder einführen? — Man sieht, all das führt zu absurden Konsequenzen. Die Sozialisierung muß sich den Bedingungen der einzelnen Industriezweige, ihrer inneren Organisation, ihrem Arbeiterstock, den Produktionsfragen und Absatzkreis anpassen und ist deshalb eine schwierige, organisatorische und wirtschaftliche Aufgabe. Kann also gar nichts geschehen? Das wäre niederschmetternd. Es müssen Machtpositionen geschaffen werden, wenn der Gedanke der sozialen Revolution, die erst begonnen hat, nicht verschüttet werden soll. Weder Lohnerhöhungen noch Dekrete einer Regierung wären solche Machtpositionen. Hingegen mußte Ernst gemacht werden mit dem Gedanken der Demokratie in den Betrieben. Arbeiter und Angestellte haben das größte Interesse daran, die Struktur des Betriebes so zu verändern, daß die Gesamtheit der Beschäftigten am Wiederaufbau der Unternehmungen beteiligt wird; denn auch um ihr Wohl und Wehe handelt es sich dabei. Diese Beteiligung bringt nicht bloß neue Rechte, sondern in viel höherem Maße neue Arbeit, und neue Pflichten. Das liegt im Wesen der Demokratie, um so mehr in dem einer sozialen Demokratie; sie bedeutet kein Schlaraffenland; woher sollten denn jetzt die gebratenen Tauben kommen? Aus einer leeren Flasche kann (wie es Eisner neulich ausdrückte) selbst der Unentwegteste nicht trinken. Aber was heute schon möglich ist: die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten im Betriebe; damit ist prinzipiell ausgesprochen: der Betrieb ist die Interessensphäre all derer, die in ihm arbeiten. Demokratie im Betrieb zieht alles andere nach sich; sie ist zugleich Vorbedingung jeder Sozialisierung; denn so mannigfaltig die Formen der Sozialisierung sein mögen — und davon soll in einem nächsten Artikel die Rede sein —, sie sind samt und sonders nur möglich, wenn die Arbeiter und Angestellten mitwirken, also auch fähig sind, mitzuwirken; die nächste Zeit gehört dazu, diese Vorbedingung zu schaffen; es ist eine schwere Arbeit. Die erste Etappe, die zurückgelegt werden muß: nicht in erster Linie hoher Lohn und kurze Arbeitszeit, sondern Einfluß im Betrieb! Oder: neben der politischen Macht die Demokratie in den Betrieben!

# Neuordnung der Gemeindeverfassung.

Die Tatsache, daß in vielen Gemeinden sozialistische Mehrheiten zustande gekommen sind, wirft die Frage nach ihrer zukünftigen Tätigkeit auf. Diese Frage kann im einzelnen nicht beantwortet werden, da das Gebiet des Gemeindelebens außerordentlich umfangreich ist. Auf einen Umstand soll heute zunächst hingewiesen werden.

Die unerläßliche Voraussetzung für eine ersprießliche Kommunalpolitik ist

**das volle Selbstverwaltungsrecht.**

Ohne dieses können die Gemeinden keine gedeihliche Tätigkeit, am allerwenigsten eine sozialistische Tätigkeit entfalten. Der dominierende Einfluß des Haus- und Grundbesitzes ist allerdings beseitigt. Auch die reaktionären Wahlrechtsbeschränkungen bestehen nicht mehr. Aber das Zweikammersystem ist beizubehalten! Die Magistrate in den Städten, die Schöffen in den Landgemeinden sind von jeder auch nur demokratischen Neuordnung unberührt geblieben. Das bedeutet, daß überall da, wo wir in den Landgemeinden keine überwältigende Mehrheit erlangen, keine Beschlüsse in sozialistischem Sinne zustande kommen können, denn die Schöffen — meist die waschechtesten Reaktionäre — stimmen ja mit. Und in den Städten kann die Stadtverordnetenversammlung ausschließlich aus Sozialdemokraten bestehen, solange die Magistrate in ihrer jetzigen Zusammensetzung bestehen bleiben, werden sie nun und nimmer irgendwelche sozialistische Maßnahmen gutheißen und so deren Durchführung verhindern. Daß die Mehrheitssozialisten in der preußischen Regierung in der Neuordnung der Gemeindeverfassungen sogleich nach dem ersten zaghaften Schritt wieder erschrocken vor dem deutschnationalen Stirnrunzeln innehielten, deutet nicht darauf hin, daß sie überhaupt eine konsequente sozialistische Politik in den Gemeinden wollen. Und je mehr man die „Schönheiten" des bisherigen Zustandes überblickt, desto mehr wird dieser Zweifel bestärkt.

Die Landgemeindeordnungen geben den Landräten für die Gemeindebeamten (Vorsteher, Bürgermeister usw.) und über die Schöffen das Bestätigungsrecht. Auch die Magistratsmitglieder der Städte bedürfen der Bestätigung. Diese hängt von dem Wohlwollen der Regierungspräsidenten ab. Wir sehen also, daß die Spitze der kommunalen Verwaltungen auf Landrats- bezw. Regierungsgnaden beruht. Wie dieser vormärzliche Zustand jede freiheitliche Gestaltung der Gemeindepolitik unterbindet, weiß jeder, der sich um diese Dinge gekümmert hat. Daran ist aber bisher nichts geändert worden.

Nun soll uns ja nach den verheißungsvollen Presseankündigungen eine neue Kreisordnung beschert und die Zulassung zu

# Der Lotse und sein Weib.

9] **Roman von Jonas Lie.** Nachdr. verb.

Die Umgebung entsprach seiner Gemütsstimmung. Der Wind pfiff über die trübseligen hellgelben Dünen hin und wirbelte da und dort Sandwolken zwischen den Klittern empor. Einzelne schreiende Seevögel kreisten an der Küste um schwarzgewordene Wrackstümpfe, die aus dem Sande emporragten. Weiter draußen dehnte sich die Nordsee in unübersehbare Weiten; doch kein Schiff belebte die blaugraue Oede.

Zwischen dem Land und der inneren Riffsreihe standen noch Reste vom Achterteil der Brigg und Stücke von Planken, Takelwerk und Rundhölzern lagen auf dem Strande umher.

Während Salve so in Schweigen versunken dahinschritt, fühlte er sich von dieser Küste eigentümlich angezogen und seltsam berührt. Sein Leben schien ihm dieser Landschaft zu gleichen. Es war ihm gelungen, eine Brigg zu erwerben, und dann steckte sie im Sand — er hatte auch Elisabeth errungen, aber auch nur so, daß er eigentlich mit ihr Schiffbruch gelitten. Mitten in dem Schmerz um die Brigg quälten ihn die Worte, die er seine Frau in der Nacht hatte sagen hören.

Bald ward er von Ib Mathisen und den Matrosen eingeholt. Diese begannen nun eifrig, nach Resten ihres Eigentums zu spüren, und drei Schiffskisten nebst dem Kompaß waren die Ausbeute stundenlangen fortgesetzten Suchens.

Sie blieben auch diesen Tag im Fischerdorf und nahmen dann gerührten Abschied von Ib und seiner Frau und all diesen Menschen, die sich ihnen so uneigennützig geopfert, ohne irgendeine Art von Entgelt anzunehmen.

Nachdem vor der Obrigkeit eine Erklärung des Geschehenen zu Protokoll genommen war und Salve mit dem größten Teil des Geldes, das er gerettet, der Mannschaft die schuldige Heuer ausbezahlt, gingen sie alle an Bord einer Kornjacht nach Kristiansund.

Unterwegs war Salve wortkarg.

Er wußte recht gut, daß unter der Mannschaft nur die eine Meinung herrschte, er selbst habe in seinem Unverstand die Schute in den Grund gesegelt, und daß diese Meinung sich verbreiten werde, — so daß er nur wenig Hoffnung hatte, es werde ihn jemand zum Führer seines Schiffes machen. Auch gefiel es ihm gar nicht, um eine solche Stellung in Tönsberg zu betteln und sie vielleicht — um Elisabeths willen, die allgemein beliebt war, zu erlangen. Er vertrug nicht einmal den Gedanken, sie mit dorthin unter all diese vornehmen Leute zu nehmen.

Nur eins blieb ihm übrig: er wollte in der Gegend von Arendal Lotse werden. Dazu taugte er so gut wie irgend einer, da er ja hier geboren und erzogen war; dazu hatte er von Herzen Lust und hier konnte er irgendwo, in Merdö zum Beispiel, Elisabeth in Frieden für sich behalten.

Als dieser Beschluß bei ihm feststand, näherte er sich Elisabeth, die mit dem Knaben bei der Luke saß. Oft hatte sie ihm verstohlen bekümmerte Blicke zugeworfen.

„Elisabeth," sprach er, „ich habe mir überlegt, was ich beginnen will. Wenn wir alles verkaufen, was wir in Tönsberg besitzen, so kann ich mir einen guten Lotsenkutter anschaffen und mir bleibt für den Anfang noch etwas übrig. Denn ich gedenke in Merdö als Wegführer zu beginnen. — Du mußt dich darein finden, eines geringen Mannes Frau zu sein!"

„Wenn er nur Salve Kristiansen heißt, so bin ich glücklich, das weißt du," erwiderte sie heiter; „auch bin ich stets gerne dort draußen gewesen."

„Wir mieten in Merdö ein Haus für dich und das Kind, bis ich die Sachen in Tönsberg geordnet," bemerkte er.

Es kostete ihr viel Selbstüberwindung, dem nicht zu widersprechen, denn sie hatte sich gefreut, ihre Hütte wiederzusehen. Hierauf besprachen die beiden, wie alles einzurichten sei.

Als Salve dann wieder auf dem Deck auf und ab ging, murmelte er: „Ja, sie ist klug und hat stets eine Antwort!"

Sie hätte sagen mögen, was sie gewollt, er würde immer mißtrauisch gewesen sein.

### Vierundzwanzigstes Kapitel.

Wir können das Leben der beiden während der nächsten zehn Jahre, welche sie in Merdö verbrachten, bis zu dem Zeitpunkte, wo wir zu Beginn dieser Erzählung einen Blick in ihr Haus warfen, nur mit flüchtigen Strichen verfolgen und werden uns nicht mit der Schilderung einer kaum verharschten Wunde aufhalten, die immer wieder aufbrach und immer weiter um sich griff, während des Erfreulichen in ihrem Dasein immer weniger wurde.

Salve wurde stets schwieriger zu behandeln und Elisabeths stiller, selbstverleugnender Kampf in demselben Maß härter. Jedes Wort mußte sie auf die Goldwage legen, seine Empfindlichkeit auf ausgeklügelte Art schonen und konnte doch völlig unerwartet Anstoß erregen. Dann gab es Auftritte, die immer peinlicher wurden, weil er sich nie offen aussprach. Geduldig die eigene Anfregung verbergend, blieb ihr nichts übrig, als den Sturm vorübergehen zu lassen, und das Ende davon war oft, daß er stumm und finster in See stach.

Dann saß sie stundenlang und weinte. Ab und zu konnte die verbissene Kränkung und der zurückgedrängte Groll gewaltsam emporflackern und Luft verlangen. Allein wenn es vorbei war, gewannen ihre Liebe und der Gedanke, daß es an ihr sei, Salve zu helfen, das Mißtrauen zu überwinden, immer wieder die Oberhand — sah sie ja doch, wie sehr sein eigen Herz darunter litt, — dies Herz, das nur sie allein erkannte, da sie ihn nicht wie die andern nach seiner schroffen Außenseite beurteilte.

Und wie stolz war sie, wenn sie andere Lotsen bewundern hörte, was ihr Mann gewagt und vollbracht hatte, wenn sie merkte, wie sie alle zu ihm emporschauten!

Im Anfang, als die Lotsenbestallung Salve noch als Ziel seines Ehrgeizes vor Augen stand, hatte dies auf seine Gedanken einen glücklich ablenkenden Einfluß geübt, und jedenfalls war es nie vorgekommen, daß er, wie in späterer Zeit, in Arendal sitzen blieb, anstatt nach seiner Fahrt heimzukehren.

Allein ein paar Begebenheiten hatten einen merklichen Einfluß, daß nämlich Kapitän Beck, ein vermöglicher Mann, zum Lotsenalderman ernannt und somit Salves Vorgesetzter wurde, und daß dessen Sohn, der Leutnant, nachdem er die Marine verlassen, nach Arendal zog und seines Vaters große Schiffswerfte übernahm. Seitdem die Becks gekommen, durfte Elisabeth stets darauf rechnen, Salve in finsterer Stimmung zu finden, wenn sie in Arendal einmal Einkäufe gemacht oder die Muhme besucht hatte. Dies äußerte sich in bitterem Spott über des alten Beck Untauglichkeit als Lotsenalderman. Elisabeth gab daher ihre Reisen auf, obgleich es sie anfangs Ueberwindung kostete; denn sie empfand ein ausgesprochenes Bedürfnis, manchmal unter Menschen zu kommen und andere Verhältnisse als die alltäglichen, einförmigen in Merdö kennen zu lernen.

Allein gerade der Umstand, daß Elisabeth immer mehr nachgab und sich stets unterwarf, bot Salves wachsamem, allezeit lauernden Verdacht neue Nahrung, denn ein inneres Gefühl sagte ihm, dies sei gegen ihre Natur, und stets witterte er Berechnung dahinter. Das krankhafte Mißtrauen, das sein wildes Umhertreiben in der Welt im Verein mit den spätern, heimlich zehrenden Zweifeln an seiner Frau in ihm geschaffen, hatte ihn nach und nach zum Tyrannen gemacht, der in düstern Stunden weder von ihr, noch von sonst irgend jemand in seinem Hause auch nur den geringsten Widerspruch vertrug. Andererseits hatte er vor seinen Launen und Zornesausbrüchen selbst nicht weniger Angst als seine Frau; darum flüchtete er vor sich selbst so oft nach Arendal.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190320-10/fragment/page=0005

den Landratsposten erlechtert werden. Letztgenannter Umstand dürfte nur für das Bürgertum praktische Bedeutung haben. Was sie so lange erträumt — aber nicht erkämpft — haben: in die bisher fast ausschließlich dem Landadel vorbehaltene Machtposition einrücken zu können, wird jetzt zur holden Wirklichkeit. Aber was hat das Proletariat davon zu erhoffen? Eine Durchdringung des öffentlichen Lebens mit liberalem Geiste sicher nicht. Denn wie der Kommunalfreisinn am Dreiklassenwahlrecht krampfhaft festgehalten hat im schnödesten Geldsackinteresse, so sollte und wird ihm jetzt die neue Machtposition zu keinem edleren Zwecke dienen. Und die neue Kreisordnung? Wird sie mit dem Zustande endgültig aufräumen, daß der Landrat jede beliebige Gemeindeangelegenheit einfach zu einer Polizeisache zu stempeln braucht, um überall seinen verhängnisvollen Einfluß geltend zu machen? Wir haben allen Grund, äußerst mißtrauisch zu sein.

In den Städten ist es nicht viel anders als in den Landgemeinden. Der Magistrat ist eine Behörde für sich. Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sind nur gültig, wenn sie die Zustimmung des Magistrats finden. Aber der Magistrat ist das ausführende Organ, hat also weit größere Rechte. Und diese Exekutive ist das Wesentliche. Heute können die Stadtverordneten die besten Beschlüsse fassen, wenn der Magistrat ihnen die Zustimmung versagt, können sie nicht ausgeführt werden. Wenn der jetzige Zustand lange andauert, dürfte es zu ständigen Konflikten kommen zwischen einer Stadtverordnetenversammlung, die in ihrer Mehrheit aus Sozialisten besteht, und einem Magistrat, der durchgängig mit Bürgerlichen besetzt ist. Nun hat die Stadtverordnetenversammlung das Recht, den Magistrat durch Wahl zu zusammensetzen, wie sie will. Sie wählt die Magistratsmitglieder und ist in ihrer Wahl frei. Daneben besteht noch heute das Bestätigungsrecht der gewählten Magistratsmitglieder durch die Staatsbehörde, hier des Oberpräsidenten. Die Amtsdauer der Magistratsmitglieder läuft je 12 Jahre. Bis heute fehlt noch eine Verordnung, welche die Neuwahl der Magistratsmitglieder anordnet. Das Ministerium will auch vorläufig eine Neuwahl der Magistrate nicht vornehmen.

Eine Neuordnung der Gemeinde- und Magistratsverfassung ist eine dringende Notwendigkeit, zumal wir in Preußen eine ganze Reihe Städteordnungen besitzen.

# Aus der Provinz.

## An die Arbeiterräte!

Seit einigen Wochen erscheint in Berlin für die Aufgaben der Arbeiterräte eine neue Zeitschrift unter dem Namen Der Arbeiterrat, Organ der Arbeiterräte Deutschlands. Nachdem nunmehr 6 Nummern dieser Wochenschrift erschienen sind, kann gesagt werden, daß die neue Zeitschrift für alle Arbeiterräte nützliches Material bringt. In ausführlichen Artikeln wird die Stellung der Arbeiterräte, ihr Ausbau und ihr erneres Wirken von allen Seiten beleuchtet, kleine Berichte und lebhafte Diskussionen, die praktische Angelegenheiten betreffen, tragen zur Belebung des Blattes bei. Der Bezirksarbeiterrat in Merseburg hält eine Anzahl Exemplare der Nr. 1—6 vorrätig, insbesondere die letzten Nummern sind noch in größerer Anzahl zu haben, so daß Bestellungen nach dort gerichtet werden können. Abgelegene Orte, die laufend diese Wochenschrift für sich beziehen wollen, würden jedoch besser tun, sich direkt an den Verlag Des Arbeiterrats, Berlin SW., Schützenstraße 82, zu wenden.

## Die Kreisblätter verschwinden.

Die Regierung beginnt mit einer Umfrage über das Vertragsverhältnis der Landratsämter zu den Kreisblättern. Die völlige Abschaffung der Kreisblätter und die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen in den mehr als 100 Auflage habenden Zeitungen des Kreises ist vorgesehen. Nur die im Kreise selbst erscheinenden Zeitungen kommen in Betracht. Zwischen Regierung und Verleger ist ein für das ganze Land einheitlich geregeltes Verlagsverhältnis festzulegen. Im Interesse der Kostenersparnis sind Zahl und Umfang der amtlichen Bekanntmachungen einzuschränken. Es sind nur die für die Allgemeinheit wichtigen oder durch Gesetz und Verordnung vorgeschriebenen Veröffentlichungen einzurücken. Die bisher üblichen Bekanntmachungen sind auf ihre Entbehrlichkeit einer sorgfältigen Nachprüfung zu unterziehen. Bekanntmachungen, die lediglich für Gemeindebehörden oder einzelne Beteiligte bestimmt sind, dürfen nicht mehr veröffentlicht werden.

Mit der Durchführung dieser Maßnahme würde das Vorrecht konservativer Zeitungsverlage aufhören. Es ist auch die höchste Zeit, daß hier einmal Wandel geschaffen wird. Die Bestimmung, daß nur im Kreise selbst erscheinende Blätter für die Veröffentlichung in Frage kommen, ist wieder so eine echt regierungssozialistische Maßnahme.

**Merseburg.** Das neue Stadtparlament. Montag erfolgte in der ersten Stadtverordnetenversammlung die Einführung der neugewählten Stadtverordneten. Der erste Bürgermeister Herzog verpflichtete sämtliche Stadtverordneten nach einer kurzen Einführungsrede durch Handschlag. Der Alterspräsident Frauenheim übernahm dann die Geschäfte und schritt zur Wahl des ersten Vorsitzenden. Aus der Wahl ging der Stadtv. Kaufmann Kohl mit 28 Stimmen hervor. Zum zweiten Vorsteher wurde unser Genosse Daniel mit 27 Stimmen gewählt. Zum besoldeten Schriftführer wurde der bei der Stadtfeuerwehr bestimmt. In die Wahlkommission wurden gewählt die Genossen Koenen und Fiebler, die Herren Frauenheim, Elle, Junker und Bauer. Auf Antrag des Stadtverordneten Krüger wegen Verpachtung von Land zum Gemüse- oder Kartoffelbau an Minderbemittelte erklärte Bürgermeister Dr. Moisebach, daß dies, soweit wie möglich, geschehen solle. Der städtische Baumeister sagte zu, daß da dieses Jahr wegen Mangel an Baumaterial doch nicht viel gebaut werden könne, auch Baugelände zu obengenannten Zwecke vergeben werden könnte.

**Leuna-Werke.** Was geht jetzt vor? Vom Arbeiterrat des Leuna-Werkes wird uns geschrieben: Immer wieder werden wir von unseren Kollegen mit der Frage wegen Wiederaufnahme des Generalstreiks am 26. März bestürmt. Selbst aus den Kreisen der Unternehmer sind derartige Fragen an uns gerichtet worden, und sogar Zeitungen aus diesem Lager wissen von „geheimen Beschlüssen" zu schreiben. Was will man hiermit eigentlich erreichen? Auffallend ist ferner, daß man derartige Gerüchte hauptsächlich unter den Belegschaften der Großbetriebe und den Bergarbeitern zu verbreiten sucht, und merkwürdigerweise sind die Sprecher dieser Lügereien hauptsächlich in den Kreisen der Beamten und Angestellten zu finden. Was soll das eigentlich alles bezwecken? Trägt man sich etwa ernsthaft mit Streikgedanken in diesen Schichten? Sollte dieses der Fall sein, so bitten wir, uns rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen. Die Arbeiterschaft denkt jedenfalls nicht daran, jetzt oder am 26. März in einen Generalstreik einzutreten. Andererseits aber besteht die Gefahr, daß man die Arbeiter zu wirklich wilden Streiks und sogenannten Putschen verleiten will, um auf diese Weise die Bevölkerung zu überzeugen, daß ein weiteres Verbleiben der Noskesöldner notwendig sei. Wie dem auch sei, jedenfalls muß die Arbeiterschaft die Augen offen halten und aufpassen was gespielt wird. Deshalb heißt es für die gesamte Arbeiterschaft: Hinein in die politischen sowie gewerkschaftlichen Organisationen, hinweg mit der sogenannten Generalangeigerpresse und den übrigen Hetzblättern. Gedenkt des Kampfrufes: „Vereinzelt seid Ihr nichts, vereinigt alles".

**Merseburg.** Wiederwahl. Am Sonnabend fand hier die Neuwahl zum Arbeiterrat statt. Die Wahlversammlung verlief sehr interessant, zumal der neue Arbeiterrat jetzt aus 7 Unabhängigen und einem „Mehrheitler" besteht, d. h. man weiß überhaupt noch nicht, was der Gewählte eigentlich ist. Die Bürgerlichen sind rein von der Kopf geschlagen über die radikale Wahl, aber diese nicht allein, denn von den alten Arbeiterrat ist nur ein einziges Mitglied wiedergewählt worden. In der Tat war der alte Arbeiterrat nur ein Geheimrat, denn die meisten haben den Mantel dahin gehängt, wo der Wind hergekommen ist. Das beste war noch, als der neue Arbeiterrat in Funktion trat, erbat sich ein abgedanktes Mitglied das Wort und wollte sozusagen dem neuen Arbeiterrat mehr Glück wünschen, denn der alte Arbeiterrat hätte nichts getaugt.

**Hettstedt.** Stadtparlament. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde zunächst die Bürgermeisterwahl vollzogen, über die wir gestern schon berichteten. Dann wurde ein Schreiben der Allgem. deutschen Kleinbahngesellschaft an den Magistrat besprochen, in dem die Erhöhung des Preises für den durch die Stadt bezogenen Strom um 50 Prozent angekündigt wird. Dadurch entspann sich eine längere Debatte über das Elektrizitätswerk, an dessen Geschäftsführung Kritik geübt wurde. Der Lichtvertrag der Stadt mit der Kleinbahngesellschaft ist auf 50 Jahre abgeschlossen. Ein Antrag Albrecht, die Strompreiserhöhung abzulehnen und ein Schiedsgericht anzurufen, wurde angenommen. Es wurde noch eine Kommission gewählt, die trotzdem eine Einigung mit der Kleinbahngesellschaft erstreben soll. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Errichtung eines Gaswerkes für Hettstedt, Burgörner und Molmeck als möglich bezeichnet, aber kein Beschluß gefaßt. Ein Antrag auf Angliederung der Mittelschulklassen in die Volksschule und Bewilligung von Mitteln hierzu und zu Teuerungszulagen für Lehrer wurde von unseren Genossen nach ausgiebiger Aussprache abgelehnt, weil sie die geplanten Maßnahmen der Regierung abwarten und dann ganze Arbeit machen wollen. Bezüglich der Erwerbslosenfürsorge wurde beschlossen, täglich 3,50 Mk. und für jedes Familienmitglied 50 Pf. bis zum Höchstbetrage von 6,50 Mk. täglich zu zahlen. Gen. Steinweg regte an, daß die Wohnungskommission mit dem Magistrat am Mittwoch das gesammelte Material verarbeite, um bis zum 1. April den acht obdachlosen Familien Wohnungen zu schaffen. Der Anregung wurde zugestimmt.

**Oberröblingen a. d. H.** Gemeinderatssitzung. Am Sonnabend fand die zweite Sitzung der neuen Gemeindevertretung statt. Anwesend waren als Vertreter und die beiden Schöffen. In die Baukommission wurden Stiefe, Leimbach und Goldschmidt, in die Flurkommission Schöffe Göschel, Pabst und Fritsche, als Schriftführer Kiene gewählt. Der ortsübliche Tagelohn für die Gemeindearbeiter wurde auf 80 bis 50 Pf. pro Stunde festgelegt. Dann wurde beschlossen, die Fuhren am Friedhof mit 10 Mk. zu bezahlen, alle anderen Fuhren sind auf dem Submissionswege an den Mindestfordernden zu vergeben. Bei den Spritzenfuhren soll der Preis des Zweitmindestfordernden gelten. Es wurde beschlossen, den jetzt nicht gebrauchten Friedhofsacker in kleinen Parzellen an den Meistbietenden auf zwei Jahre zu verpachten.

**Stolberg.** Der Bahnbau Rottleberode—Stolberg soll in den nächsten Wochen begonnen werden. Die Erd- und Maurerarbeiten sollen so gefördert werden, daß sie im Sommer 1920 vollendet sind. Hand in Hand mit diesen großen Arbeiten soll die Ausführung der Wegeverlegungs- und übrigen kleinen Arbeiten gehen, welche durch den Bahnbau bedingt sind. Auch das Stationsgebäude in Stolberg und die kleinen Hochbauten an der Bahn werden im Laufe dieses Sommers noch in Angriff genommen werden.

**Delitzsch.** Neuwahl des Arbeiterrats. Am kommenden Sonntag findet in der Zeit von früh 10½ Uhr bis nachmittags 4½ Uhr die Neuwahl zum Arbeiterrat statt. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Personen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr erreichen, in Delitzsch wohnen und irgendwo gegen Gehalt oder Lohn bis zur Höchstgrenze von 10 000 Mark beschäftigt sind. Als Wahlausweis gilt eine vom Magistrat und Arbeiterrat ausgegebene und vom Arbeitgeber ausgestellte und unterschriebene Bescheinigung. Arbeiter, die nicht rechtzeitig im Besitze dieser Bescheinigungsformulare sind, werden ersucht, diese im Bureau des Arbeiterrats in Empfang zu nehmen, damit ihnen ihr Wahlrecht nicht verloren geht. Arbeitslose erhalten ebenfalls unter Vorlegung der Arbeitslosenkarte die Bescheinigung im Bureau des Arbeiterrats. Die Wahllokale sind die gleichen wie bei der Stadtverordnetenwahl. Auch die Durchführung der Wahl erfolgt unter den gleichen Verhältnissen wie bei den früheren Wahlen. Im übrigen verweisen wir auf die Bekanntmachung über die Wahl in den Mittwochnummern der hiesigen Blätter.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Sichert euch euer Wahlrecht! Der Volk, den die Regierung ausgeheckt hat und darauf abzielt, den Arbeiterrat in seiner jetzigen Zusammensetzung abzuwürgen, um hohen Angestellten bis 10 000 Mark Einkommen Platz zu machen, darf nicht gelingen. Das Parlament der Revolution, das sich die Arbeiterschaft errungen hat, muß bestehen bleiben. Dies wird aber nur erreicht, wenn sich die revolutionäre Arbeiterschaft klar ist über die Wichtigkeit der Wahl. Deshalb ran an die Arbeit und gebt denen, die gegen die jetzige Zusammensetzung protestiert haben am Wahltag die richtige Antwort. Wählt die Liste Thomas.

**Torgau.** Auf zur Neuwahl des Arbeiterrates! Die Wahl findet am Sonntag, den 28. März, in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags statt. Als Legitimation gilt eine vom Arbeiterrat auszustellende Bescheinigung, welche an Hand einer vom Arbeitgeber aufgestellten Liste ausgefüllt wird. Diese Bescheinigungen können von Freitag, den 21. d. M., 8 Uhr vormittags bis Sonnabend, den 22. d. M., 6 Uhr abends, im Landratsamt, Zimmer 1a, abgeholt werden. Auch können einzelne Personen die Bescheinigungen für den ganzen Betrieb abholen. Wer nicht im Besitz einer vom Arbeiterrat ausgestellten Bescheinigung ist, kann zur Wahl nicht zugelassen werden. Wahlberechtigt sind alle Personen beiderlei Geschlechts, die das 20. Lebensjahr erreicht haben und in Torgau wohnen, auch wenn sie in Betrieben außerhalb gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, wenn das Jahreseinkommen den Betrag von 10 000 Mark nicht überschreitet. Wahlberechtigt sind neben Arbeitern, Privatangestellten, Beamten und Dienstboten auch Waschfrauen, Reinemachefrauen, Kulturtefrauen usw. Arbeitslose Wahlberechtigte weisen sich durch Vorlegen der Arbeitslosenkarte des öffentlichen Arbeitsnachweises oder ihrer Gewerkschaften aus. Die Wahl erfolgt wiederum durch Listen nach der Verhältniswahl. Zu wählen sind auf je 1000 Einwohner ein Vertreter, insgesamt 12 Vertreter. Die Stimmzettel dürfen also nur 12 Namen enthalten. Stimmzettel mit mehr Namen sind ungültig. Die Wahllokale werden noch bekanntgegeben.

**Bernburg.** Bürgermeisterwahl. Die Stadtverordneten haben den Stadtrat Gothe aus Köthen einstimmig zum Bürgermeister der Stadt Bernburg auf die Dauer von sechs Jahren und mit einem Gehalt von 12 500 Mark gewählt.

**Zeitzig.** Die neuen Stadträte. Am Freitag fand die erste Stadtverordnetensitzung nach der Neuwahl statt. Es wurden zunächst einige Kommissionen gewählt. Bei der Wahl der Baukommission schlug Herr Sachse vor, die leerstehenden Räume des Bürgermeisterhauses zu vermieten. Es habe sich schon jemand bei ihm gemeldet. Die Rechtssozialisten schlugen für die Baukommission drei Sozialisten und 2 Bürgerliche. Gewählt wurden aber drei Bürgerliche. Vorgeschlagen wurde noch, ein neues Schulhaus zu erbauen, anstatt ein altes Haus anzukaufen. Der Anregung können wir nur zustimmen. Die Wahlen einiger Stiftungskommissionen nahmen noch eine geraume Zeit in Anspruch. Als Vorsteher wurde der Rechtssozialist Sachse gewählt, zum Vorsteher-Stellvertreter Herr Lange, zum Schriftführer Herr Seidel und zum stellvertretenden Schriftführer Herr Lehrer Nary. Herr Bürgermeister Franz hat auf sein Amt verzichtet, weil er Zeitzig verläßt. Beschlossen wurde ferner, Herrn Stadtrat Zerbst nicht zu bestätigen, bis die Anstellungsbedingungen erledigt sind. Dieser Beschluß wurde jedoch sofort wieder umgestoßen, da man die Gehalts- und Lohnfrage der gesamten städtischen Angestellten und Arbeiter neu regeln will. Stadtrat Zerbst wurde also doch noch bestätigt. Herr Hübler bemängelte die Buchführung des früheren Leiters des Ernährungsamtes, des Kaufmanns Hauffe. Der Staatsrat von Anhalt will die rationierten Lebensmittel den Gemeinden wegnehmen und dem Großhandel übertragen. In Zeitzig will man auch die städtische Verkaufsstelle beseitigen und alle Waren den Krämern überweisen. Wir verlangen, daß alle Waren den städtischen Verkaufsstellen und dem Konsumverein zur Verteilung überwiesen werden.

**Leipzig.** Nicht Schulgeld, sondern Schulsteuern. Laut Beschluß des Rates der Stadt soll vom 1. April ab für die zum Besuche der städtischen Volksschule verpflichteten Volksschüler kein Schulgeld mehr erhoben, vielmehr der gesamte Volksschulaufwand im Wege der Schulsteuer gedeckt werden. Vom gleichen Zeitpunkt ab soll die allgemeine Volksschule (Einheitsschule), und zwar zunächst nur in den untersten Klassen, gebildet werden.

**Halberstadt.** Bei der Wahl zum Arbeiterrat erhielten die Unabhängigen 11 Sitze, die Regierungssozialisten 18 und die Bürgerlichen 13 Sitze.

# Halle und Saalkreis.

Halle, den 20. März 1919.

## Ein Aerzteruf nach Lebensmittelzufuhr.

Die medizinischen Fakultäten der Universitäten Deutschlands haben einen Aufruf an die Universitäten sämtlicher neutraler Länder und an Wilson abgesandt, in welchem es heißt:

„Die unterzeichneten medizinischen Fakultäten der Universitäten Deutschlands bitten die medizinischen Fakultäten der Neutralen und den Präsidenten Wilson, schnellstens eine Kommission nach Mitteldeutschland zu entsenden. Sie wird gebeten, sich bei Prof. Dr. Abderhalden, Halle zu melden. Er ist zu jeder weiteren Auskunft bereit.

In den unterzeichneten Fakultäten sind alle Disziplinen der Medizin vertreten, die das menschliche Leben von der vorgeburtlichen Periode bis zum Sezirtisch verfolgen. Die Unterzeichneten haben damit Einblick wie nicht nur tausendfacher Tod, sondern auch der Verlust vieler Lebensjahre, als vorzeitiges Altern und Siechtum, durch die Hungerblockade über die deutschen Stämme gebracht werden, ja, wie weit über das gegenwärtige Leben hinaus selbst den zukünftigen Generationen durch die jahrelange unerhörte Unterernährung breiter Schichten der deutschen Bevölkerung schwere Gefahren drohen.

Nicht hart genug kann die Wirkung des Hungers auf die Psyche geschildert werden. Die jahrelange, immer schwerere Not der Stämme Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs hat ihre in Jahrtausenden kulturreicher Entwicklung aufgebauten Sittengesetze ins Wanken gebracht. Der Schleichhandelstrieb der in ihrer Existenz schwer bedrohten Menschen nimmt wieder Formen des Urzustandes an."

Es folgen noch Mitteilungen über die Wirkung des Hungers auf die inneren Zustände Deutschlands. — Es ist bei alledem nur schade, daß die Aerzte, die sich erst jetzt als Hüter der Menschheitsrechte und der Kulturwerte bezeichnen, nicht schon früher dieses, ihren Beruf entdeckt haben.

Sie hätten schon zur Zeit des furchtbaren vierjährigen Mordens ihre vollverantwortliche kaiserliche Regierung auf den tausendfachen Tod, den Verlust vieler Lebensjahre und die Zerstörung zukünftiger Generationen mit allem Nachdruck hinweisen können. Aber niemals haben sie nicht nur geschwiegen, sondern den Massenmord gerechtfertigt, ihn geheiligt und gar noch gefeiert.

Damals haben wir auf diese Herren als „Hüter der Menschheitsrechte und der Kulturwerte" ihrer lange schwere Zahre vergeblich gewartet! Und wer gab in Halle das Signal zum Bürgerstreik, durch den die Lebensmittelhändler zur Verweigerung der Herausgabe der wenigen noch vorhandenen Lebensmittel gezwungen wurden? — Die Aerzte. Wer ließ in den Kliniken, überhaupt die Kranken ohne ärztliche Hilfe? Die jetzigen Hüter der Menschheitsrechte — —

* Das außerordentliche Kriegsgericht des Landesjägerkorps Halle hatte am Mittwoch wieder eine Reihe Urteile wegen Uebertretung der Sperrzeit zu fällen. Der erste Angeklagte, ein Pole, war im Februar aus Russisch-Polen nach Mitteldeutschland gekommen, um in den Gruben Arbeit zu suchen. Er hat aber keine gefunden und sich in der Hallischen und Merseburger Gegend umhergetrieben. Am 15. März, morgens 3½ Uhr, ist er in Halle festgenommen worden. Das Gericht vermutet in dem armen Teufel einen polnischen Agenten, weil er 170 Mk bei sich gehabt hat. Er könne ja als Streikagitator von irgend einem Komitee hergeschickt worden sein. Der Anklagevertreter hielt ihn für einen Werber der polnischen Armee und beantragte sechs Monate Gefängnis wegen der Uebertretung der Sperrzeit. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis. Das Gericht mochte wohl durch die ziemlich eingehende Vernehmung den Eindruck gewonnen haben, daß der Pole die ihm zugemutete Rolle als Auslandsagent oder Streikagitator nicht gespielt hat. Es ist aber interessant, wie man hinter jedem harmlosen Proleten einen Wühler gegen die herrliche kapitalistische Ordnung vermutet. — Einige Tanzlustige wurden mit je zwei Tagen Gefängnis bestraft, weil sie erst nach 9 Uhr auf dem Heimweg erwischt wurden; eines der jungen Mädchen erklärt ängstlichste Jugend nur einen Verweis. — Ein Arbeiter der Leuna-Werke hatte einen Ausweis beiseiten und geglaubt, er könne damit auch nach 9 Uhr ausbleiben. Er erhielt drei Tage Gefängnis. Ein anderer gab an, gearbeitet zu haben, er sei früh 3½ Uhr zur Arbeit gegangen. Wie er angeblich wurde, hat er aus Aerger eine Scheibe mit dem Fuß getreten. Der Anklagevertreter trat für Freisprechung ein. Es ist auffallend, daß fast bei allen, die während des Generalstreiks die Sperrzeit überschritten, geklagt wird: Haben Sie gearbeitet oder gestreikt? Der Vorsitzende begründete das in einer der letzten Verhandlungen damit, daß der, der nicht arbeite, auch zu bestimmten Zeit zu Hause sein könne. Das trifft doch aber auch auf die zu, die nicht gestreikt haben. Meist ist doch so früh Schluß, daß sie die Zeit nicht überschreiten brauchten. Haben sie Nachtschicht, dann kriegen sie Ausweise. Die Fragestellung des Gerichts erscheint uns also überflüssig und geeignet, Mißtrauen zu erwecken. Mindestens der Anklagevertreter scheint in der Forderung der Strafzumessung auf die Nichtstreikenden Rücksicht zu nehmen. Während er vor acht Tagen noch in allen Fällen, auch den allerleichtesten, erklärte, Strafverzicht könne nicht zugestanden werden, forderte er gestern selbst Freisprechung für einen, der bei der Gelegenheit noch im Aerger für Sachbeschädigung zuschulden kommen ließ. Das Gericht erkannte jedoch auf eine Woche Gefängnis. Wir sind der Meinung, daß die meisten dieser Verhandlungen mit ihrem Aufwand an Arbeit und Papier in keinem Verhältnis zu den Vergehen stehen, wir müssen es aber aufs schärfste bekämpfen, wenn sich etwa die Praxis einbürgern sollte, einen Unterschied zwischen Streikenden und Nichtstreikenden zu machen, und sollte es nur von dem die Anklage vertretenden Kriegsgerichtsrat geschehen.

* Zahlung der Umsatzsteuer. Auf den Umsatzsteuerbescheid ist oben links mit roter Tinte der Tag vermerkt worden, an dem sich die Zahlung der Umsatzsteuer empfiehlt. Dieses Verfahren ist angewendet worden, um den Andrang und das stundenlange Warten des Publikums zu vermeiden. Im eigenen Interesse der Gewerbetreibenden ist es daher notwendig, daß der angegebene Zahlungstag pünktlich innegehalten wird. Nach Ablauf der in dem Steuerbescheid angegebenen Frist wird der Steuerbetrag zwangsweise eingezogen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190320-10/fragment/page=0006